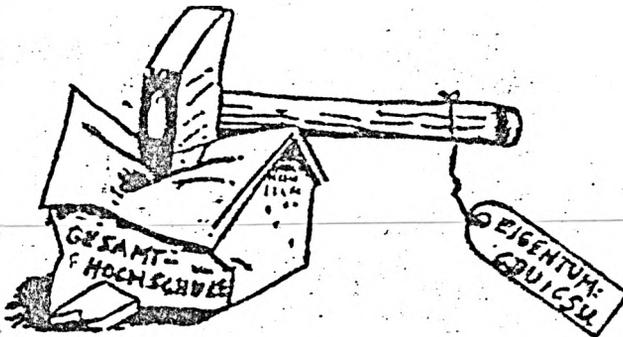


Christian Meissner

MIT ALLER MACHT

Die Unterdrückung emanzipato-
rischer Bestrebungen der Uni-
versitäten-Gesamthochschulen



Eine Streitschrift zur Hochschulpolitik

Christian Meissner

M I T

A L L E R

M A C H T

Die Unterdrückung emanzipato-
rischer Bestrebungen der Uni-
versitäten-Gesamthochschulen

V.i.S.d.P.: Christian Meissner
[REDACTED]
[REDACTED]

Februar 1984

ALTE REZEPTE ist unter dem Titel „Geistige Elite und neue Mütterlichkeit“ erstmals in links, Sozialistische Zeitschrift, Nr. 160/161, im Juli 1983 erschienen. MAULKORB FÜR STUDENTEN erschien erstmals in Sprachrohr, Zeitung der Studentenschaft der Fernuniversität Hagen, im Jan. 84.

Alle Rechte beim Autor.

VORWORT

In der Bundesrepublik Deutschland kann nur noch derjenige an Diskussionen gefahrlos teilnehmen, der den Status quo bejaht. Gesellschaftskritiker, Sozialisten und Kommunisten spielen mit ihrer beruflichen Existenz, wenn sie es noch wagen sollten, ihre Meinung öffentlich zu äußern. Denunziation und Diffamierung, Diskriminierung und Existenzvernichtung sind für Andersdenkende in diesem Staat zum Alltag geworden. In einer furchtbaren deutschen Tradition droht eine maßlose obrigkeitliche Gewalt eine kriminelle Polizei zu gebären, gegen die es keine Gegenwehr mehr gibt.

In diesem Klima kann es eine freie Wissenschaft nicht geben; denn Wissenschaft lebt von Kritik, gerade von solcher, die spürbar an den Fundamenten des bestehenden Systems rüttelt. Fürs behutsame Kitten der für sie vorteilhaften Verhältnisse und für wirksamen Schutz gegen jede Veränderung treten die Herrschenden schon selbst ein. Aber die Wissenschaft darf nicht den Herrschenden oder einer wie auch immer gearteten Gruppe dienen!

Wegen der großen Interessenidentität von Unternehmern und CDU/CSU kann das Kapital immer ungenierter in das Sozialsystem eingreifen. Und nicht erst seit heute weiß die Wirtschaft das lukrative „Humankapital“ zu schätzen. Die Auseinandersetzung um das Modell Gesamthochschule zeigt jedoch, daß das Kapital aus taktischen Gründen schon mal Zugeständnisse macht, um anschließend in zäher jahrelanger Arbeit doch noch zum Ziel zu gelangen. Das sollte sorgfältig bedacht werden bei der Diskussion um die erneute Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Und noch eines sollte man nicht vergessen: An der Errichtung von Eliteuniversitäten und am Zustand faktisch abgeschaffter Gesamthochschulen wird sich von allein nichts ändern wie sich stets von selbst nichts bewegt!

I N H A L T

	Seite
Einleitung	5
Reformmodell Gesamthochschule	12
Alte Rezepte	34
Maulkorb für Studenten	37
Lempers Datenmanipulationen	41
„Ausgewogene“ Berichterstattung	45
Pressekampagne gegen die Gesamthochschule (Dokumentation)	47
Anmerkungen	61

EINLEITUNG

In der Bundesrepublik Deutschland existiert keine vollwertige Hochschule liberal-pluralistischer Theorie ohne Intoleranz und überschäumender Staatsergriffenheit, die einen radikalen Vorsatz unbedingten Zweifels bejaht und auf dieser Basis Kritik und Diskussion zuläßt; denn selbst die zaghaftesten Ansätze zur Demokratisierung der Hochschulen in den sechziger Jahren, wie sie vor allem von politisierten Studentinnen und Studenten im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) vertreten wurden und mit Unterstützung zahlreicher sit-ins, teach-ins und anderen basisdemokratischen Aktivitäten gefestigt und weiterentwickelt werden sollten, wurden von den Herrschenden mit aller Macht brutal niedergeknüppelt. Demokratisierung verstand der SDS als „Aufhebung aller sachfremden Herrschaftspositionen und Abhängigkeitsverhältnisse.“ (1) „Sie verwirklicht sich erst durch die gleichberechtigte Teilhabe der Dozenten, Assistenten und Studenten an der Verfügungsgewalt über die wissenschaftlichen Arbeitsmittel und an der Entscheidung über alle Universitätsangelegenheiten. Die verschiedenen Rechte und Pflichten der Hochschullehrer, Assistenten und Studenten, die sich aus der Sache, aus ihren naturgemäß verschiedenen Aufgaben ergeben, werden dadurch nicht berührt. Die aus den unterschiedlichen Aufgaben erwachsenden Sonderinteressen der drei Gruppen müssen auf dem Wege demokratischer Willensbildung und in gegenseitiger Achtung und Solidarität zu einem Ausgleich gebracht werden, ohne daß dabei eine der Gruppen von den anderen majorisiert werden darf.“ (2) Trotz diese klaren Bekenntnisses des SDS zur Demokratie und zur Verfassung der Bundesrepublik wurden studentische Demonstrationen zur Unterstützung der Forderung nach Demokratisierung der Hochschulen als staatsfeindliche Aktionen betrachtet und beantwortet mit einer „terroristischen Einschüchterungspolitik: Zusammenschlagen von Demonstranten und Versuche politischer Justiz“ (3) waren an der Tagesordnung. Nach Auseinan-

dersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten in der Berliner Innenstadt gaben Abgeordnete der CDU und der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus "...die studentische Opposition endgültig zur Verfolgung frei, und zwar mit Termini, die wir aus dem Spracharsenal des deutschen Faschismus kennen, der den Massenmord als „Endlösung der Judenfrage“ und die Einlieferung ins KZ als „Schutz der Betreffenden vor der Empörung des Volks“ bezeichnet hat. Man muß, auf die Dauer gesehen, die erwähnten Gruppen, die nicht die Studentenschaft schlechthin sind, „vom Körper der Studentenschaft als Ganzem isolieren“ (CDU), das abgetrennte Glied des organizistischen Bilds wird dann absterben, wird untergehen. Man muß diese Unbelehrbaren „fernhalten“, „ausgliedern aus der Gemeinschaft“ (SPD), der Ausgegliederte ist zugleich geächtet, ist vogelfrei. Der artikulierte Ausruf „Schlagt sie tot“, „Man hat zuwenig von Euch erschossen“, „Judenschwein“, „Kommunistenschwein“ blieb der Bevölkerung vorbehalten, die diesen Code der Herrschaft zu dechiffrieren verstand.“ (4) In Hamburg wurden Studenten aufs Übelste beschimpft, die den Professoren mit einem Transparent entgegentraten, das die Aufschrift trug „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“. Ein aufgebracht Ordinarium: „Ihr gehört ins KZ!“ (5) Zur Konfrontationspolitik der Staatsgewalt konstatierte der ehemalige Rektor der Heidelberger Universität, Rendtorff: „Der Versuch, die Konflikte von ihren Ursachen und Voraussetzungen her zu lösen wird durch den bloßen Kampf gegen die Symptome ersetzt. An die Stelle des Arguments tritt die Polizei.“ (6) Auch der Rektor wurde von der Arroganz der Macht nicht verschont. Gegen seinen Willen und, wie auch das Gericht später feststellte, gegen geltendes Recht, riegelten am 6.12.72 insgesamt 1153 Polizisten die Universität Heidelberg vollständig ab und legten den Lehrbetrieb lahm. Und das nur, weil der Innenminister des Landes eine ihm politisch nicht genehme Veranstaltung verhindern wollte. (7)

Das CDU-nahe Institut für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung diffamierte die demokratisch legiti-

mierten Aktivitäten der reformwilligen Studenten als „Terrorakte“ (8) und resümierte tiefschürfend: „Doch die tieferliegende Gefahr, die in den Zeitungsüberschriften über die Krise der Hochschulausbildung nicht abzulesen ist, liegt in der fortschreitenden Demokratisierung innerhalb der Universitäten...“ (9) Dieselbe Auffassung vertrat der „Industriekurier“: „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist ebenso unsinnig wie die Demokratisierung der Schulen, der Kasernen, der Zuchthäuser.“ (10) Ganz so deutlich formulieren Großkapital, Industriemonopol und Konservative eine solche verfassungsfeindliche Einstellung heute nicht mehr. Vorherrschender Tenor ist jetzt wie schon 1973 artikuliert: „Die Beurteilung des Nutzens einer semesterlangen Diskussion über die eigene Emanzipation gestaltet sich anders, wenn die tatsächlichen Kosten dieser Diskussion nicht nur dem einzelnen Diskussionsteilnehmer, sondern auch den anderen Beteiligten, den Eltern, Steuerzahlern und Stipendiengebern unmittelbar gegenwärtig sind.“ (11) Dennoch kann der vorgeschobene Kostengesichtspunkt das dahinterstehende Argument nur notdürftig verschleiern, das einer Tradition entspringt, „die sich besonders während der zwanziger Jahre in der Kritik am Parlamentarismus entfaltete. Es bringt das Geschwätz der Vielen zur entschlossenen Tat des Einen in wirksamen Gegensatz“ (12) und stimmt im Kern mit der Phrase überein, die ausgeht von der „Notwendigkeit der Errichtung einer Diktatur zur Rettung der Demokratie.“

Auch im Orwell-Jahr 1984 verfahren die Herrschenden nach der Maxime, die schon die preußische Regierung 1819 zur Handlungsanweisung operationalisierte: „Alles unnötige Räsomieren und Diskutieren mit der Jugend ist zu vermeiden, damit sie früh lerne, ohne Widerspruch den vorgeschriebenen Gesetzen zu folgen und sich willig der bestehenden Obrigkeit zu unterwerfen.“ (13) Infolge gestraffter Lehrpläne und erhöhter Prüfungsanforderungen ist eine freie Vorlesungswahl für Studenten vor allem auch außerhalb des gewählten Fachbereichs ohnehin fast unmöglich geworden, und damit die Lernfreiheit als

Teil der grundgesetzlich garantierten Wissenschafts-freiheit faktisch abgeschafft. Eine Ausbildung im Schmal-spurstudium ohne Blick über den Tellerrand droht die Regel zu werden. Für Diskussion und kritische Reflexion des Gelernten bleibt keine ausreichende Zeit. „An die Stelle der selbständig denkenden kritischen Studenten tritt die zu optimaler Lernfähigkeit konditionierte Lernmaschine“ (14), und am Ende des Studiums steht an-stelle eines gebildeten Akademikers nur noch ein hoch-qualifizierter Fachidiot.

Diese Entwicklung geht einher mit der Umfunktionierung der Hochschule zu einer Erziehungsanstalt erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden kann und bereit ist, ohne Skrupel jedem Regime, das sie bezahlt, zu dienen. „Wissenschaft versteht sich als Forschung und Lehre. Forschung ist Streben nach mehr Erkenntnis durch wissenschaftliches methodisches Arbeiten. Lehre ist Ausbildung zu wissenschaftlichem Arbeiten. Durch die Einheit von Forschung und Lehre wird angestrebt, der Lehre stets die neuesten Forschungsergebnisse zur Ver-fügung zu stellen und eine fruchtbare Wechselwirkung zwischen diesen Bereichen zu gewährleisten.“ (15) Dieses Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre wird heute nicht mehr forciert. Wichtige Bereiche der Forschung sind bereits aus den Hochschulen ausgegliedert und be-finden sich in privater Verfügungsgewalt. „Eine immer stärkere Verlagerung profitträchtiger Forschung aus den Universitäten in private Forschungseinrichtungen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Forschungsför-derung in den der Verwertung weniger direkt zugäng-lichen Disziplinen, damit die Deklassierung von Hoch-schulen zu Unterrichtsinstitute sind davon die Folge.“ (16) Und weiterhin verlangen konservative Politiker und Wissenschaftler eine „erweiterte Kommunikation zwischen Hochschule und Industrie. Ein enger persön-licher Kontakt zwischen Wissenschaftlern an der Hochschule und in der Industrie ist zu fördern, da Knowhow durch Köpfe übertragen wird und nicht durch Papier. Gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit

werden am wirkungsvollsten gefördert durch einen Personalaustausch, beispielsweise durch Bereitstellung von Gaststellen für einen begrenzten Zeitraum." (17) So bestimmt zunehmend das Kapital, wo geforscht und was erforscht werden darf, und schließlich auch, welche Forschungsergebnisse den Lernenden zugänglich gemacht werden. Damit wird Wissenschaft einmal mehr zum Instrument der Herrschenden.

Diese wissenschaftsfeindlichen und antidemokratischen Tendenzen werden verstärkt durch die Restauration der Ordinarien-Universität mit Professoren als unanfechtbare Herrscher über „ihr“ Fachgebiet, „ihre“ Mitarbeiter und „ihre“ Studenten. Frohlockt die Deutsche Universitäts-Zeitung: „Nun ist die Universität der achtziger Jahre nicht mehr die Universität der Studentenrevolte. Die Talare sind wieder entstaubt, man trägt sie irgendwie selbstverständlich zur Fronleichnamsp procession oder beim Besuch ausländischer Rektoren... Wohlverstandene Traditionen kehren zurück." (18) Neben diesen „wohlverstandenen Traditionen“ kehren auch sozialdarwinistische, rassistische und nazistische Ideen an die Hochschule zurück, auch wenn sie meist nicht offen artikuliert werden, sondern kunstvoll verklau-suliert in Lehrmeinungen auftauchen. Der sozialdarwinistische Ansatz zum Beispiel, dessen eifrigster Verfechter und konsequentester Pragmatiker vor rund fünfzig Jahren in Deutschland die Macht ergriff, läßt sich in folgender Formulierung wiederfinden, die einer „Einführung in die Wirtschaftswissenschaft“ entnommen ist: „Erfolgt die Zuteilung knapper Güter nach der Stärke, so überleben nur starke Exemplare einer Gattung. Schwache und Kranke bleiben auf der Strecke. Diesen biologischen Gesetzmäßigkeiten kann sich auch der Mensch nicht völlig entziehen." (19) Deutlicher ausgedrückt und einem größeren Publikum zugänglich gemacht wurden bisher allein die menschenfeindlichen Aussagen des „Heidelberger Manifestes“, das von Wissenschaftlern zur ... „Rettung des Vaterlandes“ publiziert worden ist. In dem „üblen Pamphlet“ (20) vom 17. Juni 1981 (21), das „nichts

weiter als ein Aufguß der rassistischen Nazi-Ideologie" (22) ist, heißt es unter anderem: „Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums...Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft...Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen..."(23) Unterzeichnet sind diese Zeilen von sechzehn honorigen Professoren, die allesamt nicht aus Heidelberg stammen: Bambeck (Frankfurt), Fricke (Karlsruhe), Götz (Stuttgart), Haverbeck (Vlotho), Illies (Gießen), Manns (Mainz), Oberländer (Bonn), Rasch (Frankfurt), Riedl (Düsseldorf), Schmidt-Kaler (Bochum), Schröcke (München), Schürmann (Mainz), Siebert (Mainz) und Stadtmüller (München) (24). Daß diese Ewiggestrigen ihre Hetzschrift „Heidelberger Manifest" genannt haben, erklärt ihre geistige Nähe zum in Heidelberg ansässigen „Schutzbund für das deutsche Volk", eines der zahlreichen Sammelbecken brauner Gesinnung in der Bundesrepublik. Auch Adresse und Kontonummer des „Heidelberger Kreises" der Professoren stimmen mit denen des „Schutzbundes" überein (25).

Die Renaissance totgeglaubter Ideologien ist nicht rein zufällig, sondern bei Erstarken einer so klerikal-konservativen, revanchistischen und restaurativen, phobisch antikommunistischen und nationalistischen Machtelite wie die des schwarzbraunen Blocks um die CDU/CSU fast zwangsläufig. Die Beziehungen des CSU-Vorsitzenden F.J. Strauß zu Diktatoren wie Pinochet in Chile und Admirante in Italien und die Unterstützung neofaschistischer Organisationen in Portugal, Spanien, Griechenland und die Türkei durch den CSU-Chef sind bekannt (26). Auch die Distanz des Bayern zur Demokratie hat sich wie sein grenzenloser Haß

gegen kritische Intellektuelle häufig genug artikuliert. Originalton Strauß gerichtet an Gegendemonstranten auf einer Veranstaltung in Essen: „Ihr wärt die besten Schüler von Dr. Josef Goebbels gewesen. Ihr wärt die besten Anhänger Heinrich Himmlers gewesen. Ihr seid die besten Nazis, die es je gegeben hat.“ (27) Doch Strauß ist nicht einmalig in der CDU/CSU. Verbindungen von Mitgliedern der sogenannten christlichen und sogenannten demokratischen Union zu alten und neuen Nazis auch im Inland sind nicht gerade selten. Kohl, Strauß, Dregger, Carstens, Stücklen, Stoltenberg und Zimmermann senden Grußadressen an das Deutschland-Magazin, das von der Deutschland-Stiftung herausgegeben wird, einem von Alt- und Neofaschisten durchgesetzten Traditionsverband. Kohl reist mit dem „notorischen Nationalsozialisten“ (28) und Verehrer des Kriegsverbrechers Rudolf Hess, Kurt Ziesel, nach Israel und Carstens präsentiert Vertretern der amerikanischen Regierung als neue deutsche Jugend Abgesandte der „Konservativen Aktion“, die bei ihrem Kreuzzug gen Osten die 1. Strophe des Deutschlandliedes schmettern (29). Dies alles verbunden mit der sich ausbreitenden Naziideologie (manifestiert z.B. in der wachsenden Ausländerfeindlichkeit) und die erschreckend antidemokratische Grundhaltung deshalb so fragwürdiger CDU/CSU-Bundesminister wie Geißler, der die SPD als „5. Kolonne Moskaus“ beschimpft, Zimmermann, der sich als bayerischer Oberzensor einen Namen macht, und Wörner, der ein Treffen von Bundeswehrangehörigen mit dem Faschisten Rudel befürwortete, sind Warnsignale, die nach einem im „Dritten Reich“ nur beschämend geringen Widerstand der Hochschulen gegen das NS-Regime nicht übersehen werden dürfen.

Infolge der Macht, die CDU/CSU als führende Regierungsfraktion auf sich vereint hat und angesichts des mit dieser Fraktion sympathisierenden Umfelds stehen den Universitäten heute nicht nur sattem bekannte Versuche bevor, der Industrie auch in einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise eine ausreichende Anzahl in Unterordnung geübter Akademiker als williges Humankapital zur

Verwertung im Produktionsprozeß zur Verfügung zu stellen. Vielmehr wird entsprechend der aufgezeigten, antidemokratischen Tendenzen und der rückwärtsgerichteten Ideologie der „Partei des großen Geldes“ eine „Reform“ der Hochschule geplant, die einem Angriff auf das gesamte Hochschulwesen gleichkommt, der die noch vorhandenen Reste von Hochschulautonomie, Wissenschaftsfreiheit und Meinungspluralismus endgültig beseitigen soll. Dabei ist ein hervorragendes Etappenziel im reaktionärem Konzept zur Umstrukturierung der Universitäten zu Untertanenfabriken die Zerschlagung des einstigen Reformmodells Gesamthochschule.

*

REFORMMODELL GESAMTHOCHSCHULE

Als das von gesellschaftskritischen Sozialdemokraten favorisierte Modell einer neuen, offenen und demokratischen Hochschule fürchtet die CDU/CSU die Gesamthochschule als Hort der „Gleichmacherei“ und damit als möglichen Ausgangspunkt der Zerstörung gewachsener Machtstrukturen. Deshalb scheinen sich die eifrigen Verfechter schlimmster Traditionen an die Maxime von 1895 anzulehnen: „Deutsche gründliche Wissenschaft und Sozialdemokratie schließen sich gegenseitig aus. Die Wissenschaft der Sozialdemokratie ist Afterwissenschaft, weil sie der logisch scharfen Kritik nirgends standhalten kann.“ (30) Jedenfalls wird nach diesem Dogma durchgängig verfahren wie der jahrelange, erfolglose Kampf emanzipatorisch orientierter Wissenschaftler und Politiker für eine Änderung der an vordemokratischen

Grundsätzen ausgerichteten Hochschullandschaft gegen antidemokratische, emotionsgeladene und oft gespenstisch irrationale Verteidigungsanstrengungen zum Teil fanatisierter Bewahrer des Status quo zeigt. Während auf der Seite der Reformwilligen Diskussions- und Kompromißbereitschaft signalisiert worden sind, haben CDU/CSU und das mit ihr sympathisierende Umfeld nie die geringste kritische Distanz zu ihrem eigenen Hochschulkonzept gefunden, sondern stets versucht, ihre gesellschafts- wie bildungspolitischen Pläne ohne jegliche Revision an der Empire Schritt für Schritt konsequent zu realisieren. Diese intolerante, kompromißlose Haltung der Reaktion gegen Bestrebungen zur Errichtung von Gesamthochschulen ist ein anschauliches Beispiel für die im Gegensatz zum demokratischen Willensbildungsprozeß stehende Verabsolutierung eigener Anschauungen als ein Verfahren, das symptomatisch für das Vorgehen der Rechten ist. Damit gilt folgende Aussage uneingeschränkt auch für den Hochschulbereich; denn die Hochschule ist in Anbetracht ihrer Sozialisationsfunktion ein sehr wesentlicher Teil unserer Gesellschaft, indem deshalb auch der sich verschärfende Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit und die Reaktion des Kapitals auf emanzipatorische Bestrebungen wirksam werden: „Während die akademische Linke tiefsinnig über die eine große Veränderung - die Aufhebung der Kapitalverhältnisse - philosophiert, arbeitet die politische Rechte erfolgreich für zahlreiche kleine Veränderungen in unserer Gesellschaft. Während die akademische Linke das Wesen der bestehenden Gesellschaft theoretisch anspruchsvoll als Ausdruck des Kapitalverhältnisses interpretiert, gestaltet die politische Rechte bescheiden die Erscheinungsformen dieser Gesellschaft. Und während die akademische Linke mit Hilfe des „Kapitals“ von Karl Marx die Kritik der politischen Ökonomie rekonstruiert, restauriert die politische Rechte mit Hilfe des Kapitals den autoritären und antiliberalen Obrigkeitsstaat.“ (31)

Diese Einschätzung bleibt zutreffend, auch wenn berücksichtigt wird, daß sich konservative Politiker mit dem

Gedanken an eine Gesamthochschule anzufreunden beginnen angesichts der Anfang und Mitte der sechziger Jahre auftretenden Probleme wie

- „das Abreißen der Zuwanderung ausgebildeter, qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR durch den Mauerbau
- die Verlängerung von Mindeststudienzeiten in den fünfziger Jahren in einigen Studiengängen
- die zusätzliche Nachfrage nach Studienplätzen aufgrund der These „Bildung als Bürgerrecht“
- das Versäumnis der inhaltlichen Studienreform
- die Verlagerung von den Kurzstudien der Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen zu den Langzeitstudiengängen an den Universitäten und Technischen Hochschulen.“ (32)

Denn während Gesellschaftskritiker die Gesamthochschule als Hochschule neuen Typs verstehen, die demokratisch und offen sein und helfen soll, eine gehobene Bildung auch für Angehörige der unteren Bevölkerungsschichten zu ermöglichen, verfolgen Konservative in erster Linie ökonomische Ziele, wie an der Bildungswerbung deutlich wird. „Um im internationalen Wettbewerb als Industrienation weiter bestehen zu können“, wie es von Politikern... formuliert wurde, setzte in einer von vornherein ökonomisch bestimmten Kampagne eine Bildungswerbung ein (Schick' Dein Kind auf bessere Schulen!), die einer ‚Ausschöpfung der Begabungsreserven‘ dienen sollte. Die ökonomische Zielsetzung und das Vokabular machten deutlich, daß es hier viel weniger um eine Demokratisierung des Zugangs zu privilegierten gesellschaftlichen Positionen ging als um wirtschaftliches Wachstum und die Handelsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.“ (33)

Eine solche an den Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichtete Bildungsplanung der Konservativen widerspricht dem Grundgedanken einer Gesamthochschule wie er erstmals 1961 vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) veröffentlicht worden ist: „Es sollte unbedingt an dem Prinzip festgehalten werden, möglichst alle wissenschaftlichen Disziplinen in einer Voll-Universität zusammenzufassen - nicht aus einer abstrakten Idee der ‚Universa-

lität', der spekulativen Schau der ‚Ganzheit‘ der Wissenschaften, der heute keine Realität in der wissenschaftlichen Praxis mehr entspricht, sondern weil gerade eine extreme Spezialisierung in der fachwissenschaftlichen Arbeit an einem konkreten Objekt in vielen Fällen an Probleme gelangt, die nur durch Einschaltung von anderen Fachrichtungen zu verstehen und zu bearbeiten sind. Nicht aus der Idee der Universität als Repräsentanz des philosophisch reflektierten Gesamtwissens, sondern aus dem praktischen Vollzug der wissenschaftlichen Arbeit ist die Erhaltung der vollständigen Universität gerechtfertigt." (34) Diesem Grundprinzip folgend wird verlangt:

- „1) Volle Verwirklichung der akademischen Freiheit der Lehre und des Studiums, um die autoritären Wirkungen des gegenwärtigen Lehr- und Unterrichtsbetriebs auszuschalten;
- 2) reale Demokratisierung der Hochschule, um eine wirksame Beteiligung der Studenten an der Gestaltung ihres Studiums auch durch die Lehrpläne zu erreichen;
- 3) volle Verwirklichung der Autonomie der Hochschulen, um den Einfluß staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte auf Gestaltung und Ziele einer sozialwissenschaftlichen Bildung zu verhindern;
- 4) Planmäßiger Ausbau der sozialwissenschaftlichen Institute, Bibliotheken, Dokumentationszentren und breite Förderung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte in den Sozialwissenschaften zur großzügigen Erweiterung des Lehrkörpers." (35)

Durch einen Ausbau der sozialwissenschaftlichen Fachbereiche an den Universitäten sollen vor allem Erkenntnisse über den gesellschaftlichen Bezug von Hochschulstudien gewonnen und verbreitet werden und so zu einem veränderten Bewußtsein der Studenten beitragen.

Auch später verknüpfen Gesellschaftskritiker eine neue Hochschule mit Vorstellungen wie

- alle Studiengänge sind wissenschaftlich ausgerichtet
- die Hierarchie der Studienabschlüsse und die Hierarchie der Qualität der Studiengänge sind aufgehoben

- Studien vermitteln eine kritische Beziehung zur Berufspraxis
- demokratische Mitbestimmung existiert auf allen Entscheidungsebenen
- alle Mitglieder der Hochschule haben prinzipiell die gleichen Zugangsmöglichkeiten und Einflüsse in Forschung und Lehre
- Verbindungen zu anderen gesellschaftlichen Bereichen sind hergestellt (36)

Doch schon wird ein Ausbau der Sozialwissenschaften nicht mehr explizit verlangt, wenn auch die Forderungen weiterhin einen gesellschaftlichen Bezug deutlich erkennen lassen, und schon ist die Hochschulautonomie kein vorrangiges Thema mehr. Dafür tritt allmählich eine Auseinandersetzung über das Studium als Berufsausbildung in den Vordergrund.

Die Konservativen meinen: „Das Kernstück der Hochschulreform muß in der sukzessiven Integration von solchen Studiengängen in den Hochschulbereich, die zu Berufen führen, die bisher keine Hochschulbildung aufweisen, bestehen. Die Bildungspolitik muß Bildungsprogramme für einzelne Berufe entwickeln. Das ist der Ausgangspunkt einer Theorie der Gesamthochschule.“ (37) Und im Bundesbericht Forschung 1967 heißt es in bezug auf die anstehenden Probleme: „Eine mögliche Lösung besteht darin, daß (etwa im Rahmen von Gesamthochschulen) neben die Ausbildungsgänge, die vorwiegend auf die Gewinnung wissenschaftlichen Nachwuchses gerichtet sind, andere treten, die eine spezialisierte Ausbildung zu nichtwissenschaftlichen Berufen und eine erweiterte Allgemeinbildung verbinden.“ (38) Damit wird deutlich, daß die Herrschenden die Gesamthochschule als Mittel sehen, „...eine faktische Beschneidung oder doch Festschreibung der Ausbildungsmöglichkeiten, -dauer und -güte vorzunehmen und doch zugleich den Anschein der Reform bzw. die Hoffnung auf sie zu erzeugen.“ (39) Konkret werden Gesamthochschulen also nur deshalb von Konservativen bejaht, um einen den geänderten wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden, qualifizierten Nachwuchs für

die Wirtschaft in möglichst kurzer Zeit bereitstellen zu können.

Dementsprechend wird die Forderung der Studentenschaft nach einer demokratischen Hochschule von den Herrschenden zurückgewiesen und die Hochschulreform als Strategie zur Bewältigung organisatorischer Probleme verstanden, wie an den Ausführungen von L.T. Lemper (CDU) deutlich wird: „Die Demokratisierungskontrolle an den Hochschulen entzündete sich an einem organisatorischen Problem. Die Ordinarien-Universität war nicht mehr in der Lage, einen breiten Lehrbetrieb, die gesellschaftliche Relevanz ihrer Forschungen und den Anschluß an das Welt-Forschungsniveau aufrechtzuerhalten. Während in anderen hochentwickelten Industriestaaten sich längst kooperative Formen der Forschung und Lehre durchgesetzt hatten, hielt man in der Bundesrepublik noch weitgehend an den auf den Ordinarius hinzentrierten Lehrstühlen fest und verpaßte damit die Chance, den Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg mit strukturellen Reformen der Wissenschaftsorganisation zu verbinden. Zunächst ging es darum, Forschung und Lehre leistungsfähiger zu machen und sie aus der strengen Hierarchie des Ein-Mann-Lehrstuhls zu lösen. Diese Forderung, die primär mit wissenschaftlicher Leistung verknüpft war, wurde aber sodann von studentischen politisierenden Gruppen aufgegriffen, die darin ein Mittel sahen, um der Universität, die als schwächstes Glied der Gesellschaft begriffen wird, ihre politischen Ziele aufzuzwingen. Zahlreiche Äußerungen zum Selbstverständnis etwa des Spartakus oder des seinerzeit aktiven SDS lassen erkennen, daß es diesen Gruppen nicht primär darum ging, Wissenschaft leistungstüchtiger und funktionsfähiger zu gestalten, sondern durch die Instrumentalisierung des wissenschaftlichen Apparates und der Hochschulinstitutionen neue „systemsprengende“ politische Inhalte zu formulieren, zu propagieren und zu erproben. Die Universität sollte gleichsam als Spielwiese für neue Gesellschaftsmodelle, die innerhalb der Gesamtgesellschaft weder abgesichert noch legitimiert erscheinen, instru-

mentalisiert und „umfunktioniert“ werden. Dadurch spitzte sich der hochschulpolitische Konflikt zu und machte es auch den Reformern zunehmend schwerer, ihre differenzierten Modelle zur Reorganisation der Hochschule im Sinne eines anspruchsvollen Demokratiekonzepts zu realisieren.“(40)

Neben dem für die CDU/CSU typischen Denken in Freund-Feind-Schablonen zeugt Lempers oberflächliche, verkürzende Darstellung der historischen Ereignisse von der Unfähigkeit, demokratische Willensbildungsprozesse als solche zu erkennen; denn natürlich hat der SDS den Universitäten nicht seine politischen Ziele oktroyiert (wie sollte das wohl in Anbetracht der Machtverhältnisse geschehen können?), sondern die Forderungen nach Demokratisierung der Hochschulen haben sich entwickelt aus einem wachsenden gesellschaftlichen Bewußtsein in der Professoren- und Studentenschaft sowie innerhalb des akademischen Mittelbaus. Was Lemper dagegen als „anspruchsvolles Demokratiekonzept“ bezeichnet, ist in Wirklichkeit nichts anderes als das Konzept der Reaktion, in dem der emanzipatorische Ansatz für eine neue Hochschule verworfen wird als „...utopisch in der Zielvorstellung, in der Annahme allein, daß eine solche egalitär-demokratische Hochschule neben einem weiterhin hierarchisch organisierten Beschäftigungssystem existieren könne.“(41) Und weil die Herrschenden um ihre Macht fürchten, die infolge zunehmender Selbstbestimmung und wachsenden Selbstbewußtseins der Lehrenden und Lernenden gefährdet werden könnte, wird behauptet, es dürfe „eine einheitliche, gemeinsame, gleichrangige Ausbildungsform und entsprechend gleichartige Abschlüsse für alle Studenten (ohne individuelle Konkurrenz um bessere Noten, höhere Abschlüsse, Legitimation höherer Ansprüche)“ (42) nicht geben; denn diese würden angeblich „einem weiterhin organisierten Beschäftigungssystem die ganze Last der Selektion aufbürden und damit die Funktion der Hochschule, Status zuzuweisen, aufheben; es würde zugleich unter den Studenten wie unter den Lehrenden ganz andere Solidarisierungsmög-

lichkeiten aufgrund der offensichtlich gemeinsamen Situation ermöglichen." (43) Diese Solidarisierungsmöglichkeiten, so kann hinzugefügt werden, könnten das Verhältnis von Kapital und Arbeit verändern helfen. Daher sind sich konservative Politiker einig mit den Vertretern der Arbeitgeber und des Monopolkapitals, daß es auch an Gesamthochschulen keine, wie sie es nennen, „überstrapazierte Demokratisierung“ (44) geben dürfe. Mit den sogenannten „roten Kadenschmieden“ (45), in denen Studenten angeblich „systematisch aufgehetzt“ (46) werden, will man im Rahmen der „Reform“ gründlich aufräumen. Auch deshalb bestehen die Konservativen darauf, wie es später die CDU formuliert, „...die Lehrpläne...stärker auf die Berufswelt auszurichten.“ (47) Statt „Verwissenschaftlichung“ des Berufslebens müsse die wissenschaftliche Ausbildung „...stärker als bisher auf den späteren Beruf vorbereiten und kürzer dauern.“ (48) Folgerichtig findet der Volkswirtschaftler A. Woll es sinnvoll, die Hochschulausbildung „...als einen ökonomischen Prozeß der Produktion von Humankapital zu betrachten. Es ist zu konzentrieren, daß damit gesellschaftlich und individuell ein bestimmter Aspekt der Ausbildung hervorgegriffen wird. Dennoch ist er keine willkürliche Annahme. Die Gesellschaft trägt den größten Teil der Kosten einer Hochschulausbildung. Wer leistet, darf nach verbreiteter Ansicht (Prinzip des do et t des) den Anspruch auf Geleistung erheben. Als gesellschaftliche Erwartung - und damit als Ziel der Hochschulausbildung - wird unterstellt: Mit der Hochschulausbildung erfolgt eine Vorbereitung auf bestimmte Berufe (oder Tätigkeitsfelder). Die Hochschulausbildung ist demnach als eine zielgerichtete, auf spätere Tätigkeiten bezogene Investition in Humankapital zu verstehen.“ (49)

Den genannten wissenschaftsfeindlichen Ansätzen entsprechend sind die Gesetze zur Neuordnung der Hochschullandschaft 1968 in Hamburg und 1972 in Nordrhein-Westfalen dann auch Versuche, „...besonders veraltete Strukturen den Organisationserfordernissen große-

trieblicher Ausbildungs- und Forschungsstätten anzupassen und den Reform- und Demokratisierungswünschen von Studenten und Assistenten ein Stück entgegenzukommen, ohne jedoch damit die Loyalität der Professoren gegenüber den politischen Instanzen auch nur ansatzweise zu gefährden." (50) Für den ungetrübten Erhalt ihrer Macht erscheint es den Herrschenden angebracht, auch in den folgenden Hochschulgesetzen Maßnahmen zusammenzufassen, die "...dazu dienen sollen, die Funktionalität des Hochschulwesens für Selektion und Statusdistribution wieder herzustellen, zu erhalten oder zu verstärken, ohne einerseits die Kosten zu steigern und andererseits die proklamierten Grundsätze für mehr Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit flagrant zu verletzen. Es sind dies u.a.

- Reorganisation der Hochschulzulassung,
- Staffelung der Studienabschlüsse, und damit zusammenhängend,
- Differenzierung der Studiengangmodelle.

Neben diesen Maßnahmen stehen flankierend Versuche, den Auszubildenden Anlaß und Möglichkeiten zur Selbstselektion (aufgrund internalisierter Normen oder antizipierter Erfolgchancen) zu geben und damit die Härte oktroyierter Auslese abzumildern. Dazu gehören

- Studien- und Berufsberatung
- studienbegleitende Leistungskontrollen
- Praxiserfahrung." (51)

Dabei wird nach einem kritischen Praxisbezug erneut nicht verlangt. Wieder wird deutlich, daß lediglich die Eingliederung der Akademiker in den Produktionsprozeß erleichtert werden und, so ein Vorschlag, mit Hilfe einer nach einem sechssemestrigen Studienabschluß zu erfüllenden ein- bis zweijährigen Arbeitspflicht, "Praktikum" genannt, erzwungen werden soll. Demgemäß soll der Abschluß eines vollwertigen, wissenschaftlich anerkannten Hochschulstudiums nur noch für diejenigen möglich sein, die nach erfolgreich durchlaufender Bewährungsprobe im Wirtschaftsleben in den Hörsaal zurückkehren dürfen.

Mit der Errichtung der Gesamthochschulen Anfang der siebziger Jahre wird der emanzipatorische Ansatz für eine neue Hochschule endgültig verworfen und das konservative Modell nur notdürftig verschleiert als offizielles Konzept verfolgt. Es wird durch drei Elemente gekennzeichnet: „Erstens Öffnung der Hochschule und Regionalisierung der Studienangebote, zweitens die Integration und Durchlässigkeit der Studiengänge bei inhaltlicher Differenzierung und drittens Hinwendung der Hochschule zur Gesellschaft in wissenschaftlicher und künstlerischer Praxis.“ (52)

Diese für sich allein genommen recht inhaltsleeren Worthülsen werden von den Befürwortern einer offenen und demokratischen Hochschule mit eigenen Vorstellungen verbunden, die sich zunächst auch als realistisch zu bestätigen scheinen: An den als „preiswerte Form der Hochschule“ (53) zunächst in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal entstandenen Gesamthochschulen dürfen auch Nicht-Abiturienten mit Fachhochschulreife ein anerkanntes, wissenschaftliches Hochschulstudium beginnen und in sogenannten Integrierten Studiengängen nach einem viersemestrigen Grundstudium wählen zwischen einem eher praxisbezogenen 6-semesterigen und einem mehr wissenschaftlich orientierten 8-semesterigen Studiengang. Das Regionalisierungskonzept verspricht

- Eine Entlastung der „alten“ Hochschulen dadurch, daß ein regionaler Einzugsbereich für die Standortwahl bei Hochschulneugründungen bestimmt ist...
- Eine Studienfachwahlbeeinflussung dadurch, daß durch bevorzugten Ausbau von „Mangelfächern“ an Neugründungen planerisch der „Bedarf“ gesteuert werden kann. Über das „Ortsangebot“ wird die Fachwahl der Studierenden deshalb steuerbar, weil sich motivationsanalytisch gezeigt hat, daß das nahe angebotene Studienfach auch dann angenommen wird, wenn das eigentlich angestrebte Fach wohnortsfern liegt....
- Bildungspolitisch trägt das Regionalisierungskonzept zum Abbau der Chancenungleichheit bei.... Die Bildungswerbung in der Region durch Hochschulangebote mo-

bilisiert dort vorhandene Begabungsreserven von Abiturienten..." (54) Für Angehörige unterer Bevölkerungsschichten im Einzugsbereich ehemals hochschulferner Regionen bietet sich erstmals eine aus finanziellen Gründen bisher verbaute Möglichkeit des Hochschulstudiums; denn nach wie vor ist ein Studium abhängig von der eigenen finanziellen Lage bzw. der finanziellen Lage der Eltern des Studenten (55).

- „Die örtliche Nähe einer Hochschule macht die Bildungsmöglichkeiten bewußter und verstärkt die Motivation zum Übergang auf weiterführende Schulen...
- Schließlich ist die feststellbare Tendenz zur Seßhaftigkeit der Hochschulabsolventen in der „eigenen“ Hochschulregion unter Umständen ein Beitrag zur besseren Lehrerversorgung der Schulen in der Hochschulregion und trägt so wieder zur Verbesserung der „Infrastruktur Bildung“ bei;..." (56)

Die 1974 zu den in Nordrhein-Westfalen bereits bestehenden fünf Gesamthochschulen hinzukommende Fernuniversität in Hagen bietet endlich auch die in anderen Staaten z.T. seit Jahrzehnten bestehende Möglichkeit eines weitgehend ortsungebundenen Studiums vor allem per Lehrbrief, Ton-/Videokassette und Buchfernausleihe. An der einzigen Fernuniversität der Bundesrepublik ist ein vollwertiges, wissenschaftliches Studium auch ohne formale Hochschulzugangsberechtigung möglich (57). Außerdem soll „...das Fernstudium angesichts der Überfüllung der Hochschulen helfen, deren Kapazität zu entlasten.“ (58)

Doch die Hoffnung, die neuen im Rahmen des konservativen Modells geschaffenen Studienmöglichkeiten könnten eine Entwicklung zur offenen und demokratischen Hochschule ermöglichen, ist wegen der Zielsetzung der Herrschenden illusorisch. Tatsächlich sind die meisten Neuerungen lediglich ein Ergebnis der konsequenten Bedürfnisbefriedigung des Kapitals. Wie die sogenannte „Öffnung“ der Hochschulen und die „Durchlässigkeit der Studiengänge“ soll z.B. das Postulat vom Praxisbezug dazu dienen, die Mehrzahl der Studenten an Gesamthochschulen auf den sechssemestrigen Kurzzeitstudiengang abzudrängen, um so den

Bedarf der Industrie an qualifizierten Arbeitskräften möglichst schnell decken zu können. Zwar ist der sogenannte Praxisbezug nicht nur von unternehmerfreundlichen Politikern und Interessenvertretern der Großindustrie und des Monopolkapitals gefordert, sondern auch von kritischen Wissenschaftlern immer wieder mit Nachdruck verlangt worden. Aber „während von vorwiegend konservativen Auffassungen... (unter Praxis, d.V.) die Ausübung beruflicher Tätigkeit innerhalb bestehender Arbeitsplatzstrukturen verstanden wird, wobei vor allem definierte technische Kenntnisse und Fertigkeiten im Mittelpunkt stehen, begreifen Anhänger von aufklärerisch-gesellschaftskritischen Positionen darunter bewußtes, an Wertvorstellungen der Emanzipation orientiertes soziales Handeln, das auch konkrete technische Kenntnisse und Fertigkeiten umfaßt, jedoch nicht auf diese reduziert ist.“ (59) Dieser Unterschied wird oft nicht erkannt, weil „...die Einbeziehung prinzipieller Fragen des Gesellschaftsbezugs von Studien, des Prozesses der Verwertung beruflicher Qualifikationen der Stellung der wissenschaftlichen Intelligenz im Verwertungsprozeß etc... nach herkömmlichen Verständnis wohl der Mehrheit der Hochschullehrer nicht Bestandteil akademischer Studien“ (60) sind. Daher wird den Apologeten eines konservativen Praxisbegriffs bis heute nur unzureichender Widerstand entgegengesetzt, während diese eine sukzessive Ausrichtung der Studieninhalte auf das ökonomische Prinzip betreiben und große Teile des Hochschulbereichs zu Produktionsstätten umstrukturieren, in denen akademische Technokraten gezüchtet werden können, die sich als Produktionsfaktoren in den Kapitalverwertungsprozeß problemlos eingliedern lassen.

Das Hochschulstudium ist mehr als eine Berufsausbildung. Doch während der Beitrag dieser Ausbildung am Studium „...quantitativ leicht meßbar ist, gilt das nicht gleichermaßen für so wesentliche Funktionen wie die Persönlichkeitsbildung der Einzelnen, die Entwicklung eines kritischen Vermögens bei Lernenden und

Lehrenden, die Förderung der Rationalität politischer Entscheidungen, den Beitrag zur Schaffung einer Gesellschaft, in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bestehen, und zur Verbreitung von Toleranz und Frieden in der Welt." (61) Bildung ist also auch ein "...Mittel, Vorziel für übergeordnete Ziele. Solche gesellschaftlichen, politischen, ethischen und kulturellen Prinzipien treten aber in der bildungsplanerischen Diskussion leider selten klar und offen genug hervor." (62) Und dennoch ist "die Rolle der Bildung als gesellschaftsverändernder Faktor" unbestreitbar, die hervorgehoben wird durch "...die Bestimmung der Lebensbedingungen, die Chancen bei der Berufswahl und damit den sozialen und wirtschaftlichen Status eines Menschen, die Arbeitsbedingungen, die Freiheit und Selbständigkeit bei der Arbeit, die Bedeutung bei der Verwirklichung der demokratischen Staatsform, die Verständniserweiterung für die gesellschaftliche Entwicklung." (63) Damit ist der Bildungsbereich an der Entscheidung über die Platzierung von Individuen in einer hierarchisch geschichteten Gesellschaft beteiligt. "Die Forderung nach gleichem Zugang zu diesem Bildungsbereich in Gestalt einer Ausschaltung gesellschaftlich bedingter Statusunterschiede entspricht dem Zentralwert Demokratie." (64)

Dieser Auffassung schließen sich die meisten Politiker "in diesem unserem Lande" nicht an; denn ihr Demokratieverständnis entspricht weniger unserer verfassungsmäßigen Ordnung als vielmehr Schumpeters "realistischer Demokratietheorie": "Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben." (65) Danach ist Politik eine Ware, "...gehandelt auf dem Stimmenmarkt. Das Profitmotiv im Marktmodell findet sein Analogon in den Motiven, Macht, Amt und Prestige in der Politik zu erlangen. In beiden Fällen (Markt und Politik) fällt die soziale Funktion des ökonomischen wie des politischen Systems, nämlich gesellschaftliche Ziele zu verwirklichen und Bedürfnisse

zu befriedigen, nur als Nebenprodukt der interessen-spezifisch bedingten Handlungsweise der Akteure an." (66) Und wessen Interessen die auf ihren eigenen Vorteil bedachten Politiker zu dienen pflegen, ist bekannt: Der reaktionäre Bund Freiheit der Wissenschaft, ein ultrarechter Zirkel, der sich als „hochschulinterner Verfassungsschutz“ (67) einen Namen gemacht hat, am 18.11.70 in Bonn „mit dem Ziel gegründet, die Ausbildung für akademische Berufe im Interesse der Privatwirtschaft zu reglementieren, nicht-öffentliche Hochschulforschung und die Privilegien der Professoren zu erhalten und inner- wie außeruniversitäre Mitbestimmungsmöglichkeiten abzuwehren, hat ...seine Mission in den Kernpunkten durch Erfolge beendet: das Programm wurde zu großen Teilen Bestandteil offizieller Regierungspolitik..." (68)

Zusammengenommen bedeuten die Negierung der gesellschaftsverändernden Komponente von Hochschulstudien, die Reduktion des Studiums auf die Berufsausbildung und die Übernahme der Ziele des Bundes Freiheit der Wissenschaft als offizielle Regierungspolitik die bedingungslose Unterwerfung der Wissenschaft unter ökonomische, sprich: gewinnorientierte Unternehmerinteressen. „Der ökonomische Prozeß ist wieder seinem ‚marktwirtschaftlichen Selbstlauf‘ zu überlassen, der Staat hat seinen Anteil am Sozialprodukt erheblich zu reduzieren, sich nicht mehr für in den Lebensinteressen der Bürger begründete Ziele verantwortlich zu fühlen, sondern zu garantieren, daß die Kapitalakkumulation ungehemmt verlaufen kann und das Gemeinwesen auch beim Zerfall von sozialen Ausgleichs- und Entschädigungsmechanismen ‚regierbar‘ bleibt - was ohne Verschärfung der Repression nicht denkbar ist.“ (69) In diesem Sinne ist auch das Märchen von der „Akademikerschwemme“ zu verstehen, das weismachen will, weil Unternehmer in der andauernden wirtschaftlichen Krise mit hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr genügend potentielle Führungskräfte nachfragen, könne die „Produktion“ von Akademikern gedrosselt werden. Tatsächlich jedoch

ist das Bildungsniveau der Bundesbürger für eine hochzivilisierte Gesellschaft nicht gerade überwältigend. Der „Akademisierungsgrad“, d.h. der Anteil der Hochschulabsolventen einschließlich Lehrer an der Bevölkerung, beträgt lediglich 3,8 % (70). Selbst das angeblich „bankrotte System“ (71) des sogenannten „Reich des Bösen“ (72) leistet sich immerhin einen gut doppelt so hohen Akademisierungsgrad. Wer die Zeche, die heruntergefahrenen Hochschulkapazitäten verursachen, letztendlich bezahlen muß, das machen schon heute stundenlange Wartezeiten bei Arztbesuchen einerseits und höchste Einkommen für die „Weißen Götter“ andererseits deutlich.

Dennoch ist schon frühzeitig begonnen worden, die bescheidenen Neuerungen an Gesamthochschulen abzubauen, und heute ist ein Großteil ehemals geschaffener Studiemöglichkeiten faktisch beseitigt. Der Integrierte Studiengang ist nicht zur Selbstverständlichkeit geworden. Die herkömmlichen Fachhochschul- und Universitätsstudiengänge sind auch an der Gesamthochschule erhalten geblieben. Die Öffnung des achtsemestrigen Studiengangs für Inhaber der Fachhochschulreife ist von Zusatzqualifikationen abhängig (73), und die Durchlässigkeit der Studiengänge, also der Studiengangwechsel, durch Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wieder zurückgenommen (74). Die Realisierung der Konzentration und Neuordnung von Studienangeboten/Studiengängen an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen nach dem sogenannten Schwier-Plan (75) legt ganze Fachbereiche still und konzentriert das Studienangebot wieder an einigen wenigen großen Universitäten. So erfolgt die Stilllegung der Lehramtsausbildung für die Sekundarstufe I in Aachen, Bochum, Bonn und Düsseldorf. Die Primärstufenausbildung in Aachen, Paderborn und Duisburg wird eingestellt, das Fach Geographie in Bielefeld nicht mehr gelehrt. Die Ausbildungskapazitäten in Anglistik sollen um 30 %, in Mathematik um 30 %, in Physik um 30 %, in Soziologie um 15 %, in Wirtschaftswissenschaft um 15 %, in Germa-

nistik um 25 % und in Geschichte um 25 % reduziert werden. Stellenstreichungen, Besetzungssperren, Nichtverlängerung von Arbeitsverträgen, Versetzungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Auflösung von Arbeitsteams und die Vernichtung mehrerer tausend Studienplätze sind die Folgen. Weitere Ergebnisse dieser Bildungspolitik sind:

- „Zementierung und Verschärfung des bürgerlichen Bildungsprivilegs,
- verschärfter Konkurrenzdruck mit ‚Bodycheckmentalität‘,
- mehr Studienabbrecher, die weder dem Lehrstellenmarkt ‚zur Last‘ fallen noch Ansprüche anmelden dürfen, weil sie ‚Versager‘ sind,
- Aufgabe des Regionalisierungskonzepts des Hochschulangebots,
- noch stärkere Benachteiligung der Studentinnen und Wissenschaftlerinnen,
- unglaublich schlechte Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs,
- Wiedergeburt von frühkapitalistisch anmutenden sozialen Unsicherheiten für befristete wissenschaftliche Mitarbeiter (...),
- Verschärfung des Karrieredruckes mit der Tendenz zu mehr aber oftmals oberflächlicheren Veröffentlichungen (mit privater Kostenbeteiligung!), mit stärkeren Hemmungen, kritische Fragen und Probleme anzupacken,
- enorme zusätzliche Arbeitsbelastungen der Masse des Lehrpersonals, die zum Forschen keine Zeit mehr haben wird,
- weitgehende Ausschaltung der Masse der Wissenschaftler und erst recht der Studenten von der Ziel- und Inhaltsbestimmung der Forschung und Lehre." (76)

Doch damit nicht genug. „Weiterreichende Maßnahmen" (77) werden bereits angekündigt für den Fall, „wenn die künftige, derzeit nicht sicher prognostizierbare gesamt- und finanzwirtschaftliche Entwicklung einschneidende Eingriffe erfordert." (78)

Vier Elemente der Wissenschaftsfreiheit, die allgemein

anerkannt werden und eigentlich selbstverständlich in einer demokratischen Gesellschaft sein sollten, sind:

- „Der Einzelne darf durch öffentliche Einflußnahme in seinem wissenschaftlichen Streben nach Erkenntnis und in der Verbreitung dabei gewonnener Ergebnisse nicht behindert werden.
- Nicht nur dem Einzelnen, sondern jeder Institution - ob öffentlich oder privat - steht ein solches Recht auf freies Forschen und Lehren zu.
- Die wissenschaftliche Hochschule wird als Institution und in ihrer akademischen Selbstverwaltung geschützt.
- Der Staat hat die freie Wissenschaft nicht nur zu schützen, sondern auch materiell zu fördern." (79)

Daran gemessen ist die Hochschulpolitik der Regierung ein Mittel zur gründlichen Zerstörung der Wissenschaftsfreiheit, allerdings nicht nur wegen der ihr inhärenten, sogenannten „Sparmaßnahmen“, sondern vor allem wegen des für eine fortschreitende Kapitalisierung der Wissenschaften erforderlichen besonderen Wissenschaftsverständnisses, das eine bestimmte Wissenschaftsmethode dogmatisiert und alle anderen für „unwissenschaftlich“, mindestens jedoch für „minderwertig“ abqualifiziert". So ist der sogenannte Kritische Rationalismus zur staatlich sanktionierten Wissenschaftsreligion erhoben worden, ohne daß es ein auf Status und Anerkennung bedachter Wissenschaftler heute noch ernsthaft wagen könnte, kritische Bedenken oder gar deutlichen Widerwillen gegen diese Methodik öffentlich zu vertreten. Der Kritische Rationalismus, so wird schon den Studenten in Anfangssemestern gelehrt, lehne „...den Versuch, ein Gesellschaftssystem, eine Handlungs- oder Denkweise, ein Theoriensystem oder ein Bekenntnis als die oder das wahre oder richtige zu rechtfertigen" (80), ab. Seine politische Konzeption sei „die Vorstellung von einer demokratischen und toleranten, einer „offenen“ Gesellschaft und somit auch von einer demokratischen und toleranten Wissenschaft." (81) Und er verzichte „auf die Aufstellung eines Wahrheitsanspruches." (82) In Wirklichkeit liegt dem Kritischen Rationalismus sehr

wohl der Gedanke eines als notwendig erkannten Gesellschaftssystems zugrunde, wie der Begründer des Kritischen Rationalismus, K.R. Popper, ausführt: „...die Objektivität der Wissenschaft ist nicht eine individuelle Angelegenheit der verschiedenen Wissenschaftler, sondern eine soziale Angelegenheit ihrer gegenseitigen Kritik, der freundlichfeindlichen Arbeitsteilung der Wissenschaftler, ihres Zusammenarbeitens und auch ihres Gegeneinanderarbeitens. Sie hängt daher z.T. von einer ganzen Reihe von gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen ab, die diese Kritik ermöglichen.“(83) Welche gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse von Popper favorisiert werden, läßt sich mit Hilfe des Toleranzparadoxons verdeutlichen: Danach muß „eine vollkommen tolerante Gesellschaft, die für sich jede Intoleranz ohne Einschränkung ablehnt, auch tolerant gegenüber dem Intoleranten sein, der ihre Toleranz beseitigen will. Damit liefert sie sich aber der Intoleranz aus. Deshalb muß eine Gesellschaft, die tolerant sein will, intolerant gegen die Intoleranz sein. Sie muß deswegen kontrollierte Gewalt gegen die Gegner der Toleranz anwenden.“(84) Was aber Intoleranz ist und wer sie ausübt, das definieren die „Kritischen Rationalisten“ selbst und immunisieren sich damit gegen Angriffe von Vertretern anderer Wissenschaftstheorien. Da nur innerhalb der vom Kritischen Rationalismus vorgegebenen Toleranzgrenzen Wissenschaft noch als solche akzeptiert wird und in diesem Rahmen als Aufgaben der Wissenschaft „das Aufspüren von Fehlern im Handeln und Denken der Menschen, von Mißständen im sozialen Leben, von Mängeln in Wissenschaft und Praxis“(85) sowie die Suche nach Mitteln und Wegen zu deren Beseitigung definiert sind, ohne dabei das Gesamtsystem selbst zur Disposition zu stellen oder gar dessen mögliche Änderung durch revolutionäre Tendenzen in die Überlegungen mit einzubeziehen, hilft der Kritische Rationalismus, das bestehende System zu kitten und dient mit dieser Festigung bestehender Machtstrukturen den Herrschenden.

Damit ist der Kritische Rationalismus konservativ und steht der Dialektik, einer Wissenschaftstheorie, die an erkennbaren Widersprüchen ansetzt und nach der Triade (Thesis, Antithesis, Synthesis) verfährt, unver-söhnlich gegenüber. Im Gegensatz zum Bewahrenden des Kritischen Rationalismus ist die „Spaltung des Ein-heitlichen und erkennen seiner widersprechenden Bestand-teile...das Wesen der Dialektik.“(86) Die Anwendung der dialektischen Methode erstmals auf die Ökonomie durch Karl Marx überschreitet offensichtlich schon die Tole-ranzgrenze der Kritischen Rationalisten. Popper hält den Marxismus schlicht für „unvernünftig“: „Aber die Marxisten glauben nicht an die Vernunft, weil sie meinen, daß hinter allen Argumenten nur die selbst-süchtigen Interessen der Menschen verborgen sind.“(87) Die Dialektik selbst wird als unwissenschaftlich ver-kezt: „...kann man sicher feststellen, daß die Dialektik keine exakte Wissenschaft im Sinne positiven Wissenschaftsideals darstellt, sondern zum differen-zierten Kosmos der Philosophie gehört.“(88) Selbst der Student, der Poppers Empfehlung - „Sei kühn mit der Aufstellung spekulativer Hypothesen, aber kritisiere und prüfe sie dann erbarmungslos.“(89) - ernst nimmt und die dem ökonomischen System der Bundesrepublik zugrundeliegenden Hypothesen einer radikalen empi-rischen Überprüfung unterzieht, bekommt Probleme mit bürgerlichen Hochschullehrern; denn „solche Kleinig-keiten wie z.B. der soziale oder ideologische Standort des Forschers“(90) spielen in der Realität eine erheb-liche Rolle.

Zwar wird gefordert: „Was nicht in die Wissenschaft und daher nicht in den Hörsaal gehört, ist die Werbung für bestimmte Wertpositionen, mag es sich dabei um die rein persönlichen Überzeugungen des Lehrenden oder um die-jenigen einer politischen Gruppe oder Institution handeln, mag sie als offenes Bekenntnis oder in den man-nigfaltigsten Formen ideologischer Verkleidungen auf-treten.“(91) Doch das gilt ausschließlich für nicht systemfonforme Wissenschaftstheorien, in erster Linie

für Dialektiker, insbesondere für Marxisten. Fundierte Kritik am Kapitalismus, schon die alleinige Wahrnehmung demokratischer Rechte gegen Vormundschaft und Repression können den Ausschluß aus dem sorgfältig überwachten Kreis der Lehrenden und die Vernichtung der beruflichen Existenz des Abtrünnigen zur Folge haben. Der Rektor der Technischen Universität Berlin und spätere Rektor der Universität Bremen, Dr. Alexander Wittkowsky, ist für sein Engagement gegen die Beseitigung der Hochschulautonomie und für seinen Kampf für die Wissenschaftsfreiheit als „Roter Rektor der Gegenuniversität“ (92) und „Schutzpatron aller Politikriminellen und Verfassungsfeinde“ (93) beschimpft worden. Den Sozialistischen Deutschen Studentenbund hat man für seine Arbeit zur Demokratisierung der Hochschulen als „anarchokommunistischen Kampfbund“ (94) betitelt. Der Sozialpsychologe Peter Brückner wurde wegen seiner kritischen Gesellschaftsanalysen kurzerhand vom Dienst suspendiert. Ihn machte man im Laufe einer menschenverachtenden Diffamierungskampagne zum heimlichen Verbindungsmann der Roten Armee Fraktion (RAF) (95). Die Berliner Sektion des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“, erstellte eine Namensliste tatsächlicher und mutmaßlicher Sozialisten und Kommunisten im Hochschulbereich und publizierte diese für Entscheidungsträger in der Wirtschaft (96). Und Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft forderten bereits eine hochschulinterne Polizei (97).

Den Herrschenden genügen diese Maßnahmen und Forderungen zur Disziplinierung der Wissenschaft noch immer nicht. Durch eine neue Offensive wollen sie mit zunehmender Perfektion Sorge dafür tragen, daß nur noch die Lehren Verbreitung finden, die den bestehenden, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik nicht gefährlich werden können. Weil ihnen der staatliche Verwaltungsapparat zu schwerfällig, die Bildungspolitik insgesamt zu wenig flexibel und die ständigen der Demokratie gezollten Scheingefechte mit

Regierungspolitikern zu zeitaufwendig geworden sind, beginnen sie zur Durchsetzung ihrer Unternehmerinteressen, selbst „Produktionsstätten“ zur bedarfsgerechten Züchtung von Humankapital zu schaffen. Ein Ziel der Privatuniversitäten ist die weitere Entdemokratisierung der Hochschulen, wie öffentlich bestätigt wird: „Angesichts leerer Kassen und stagnierenden Wirtschaftswachstums mag es unrealistisch anmuten, die Gründung neuer Universitäten, gar von Eliteuniversitäten zu fordern. Doch wäre das Geld hierfür rascher aufzubringen als gedacht. Die Selbstverwaltung der Gruppenuniversität stellt die teuerste, zeitraubendste und ineffektivste Form staatlicher Verwaltung dar. Um die Etats der Hochschulen zu verschlanken, genügt es fürs erste, sie von den Geschwüren parasitärer Gremienbildung zu befreien. Mit den hierbei eingesparten Geldern ließe sich leicht eine private Kleinuniversität errichten.“(98) Daneben karikieren die in Regie des Kapitals errichteten und geplanten Privatuniversitäten die Wissenschaftsfreiheit; denn nach all den massiven Angriffen auf die staatlichen Hochschulen und angesichts des bereits dort Erreichten wird an Privatuniversitäten der Diskussion als Voraussetzung eines wissenschaftlichen Disputs wohl der Stellenwert zukommen, den ihr Konservative schon seit langem zugeordnet haben: „Die Durchsetzung der Rechtsordnung, der Schutz von Freiheit von Forschung und Lehre, notfalls mit den Mitteln staatlichen Zwangs, steht nicht im Gegensatz zu dem Versuch, durch Argumente irrationale Wunschbilder ad absurdum zu führen.“(99) Danach geht es „...für den Hochschullehrer, der sich - außer der Durchsetzung der Rechtsordnung notfalls mit den Mitteln staatlichen Zwanges - auch noch auf Diskussionen einläßt, offenbar nur darum, irrationale Wunschbilder ad absurdum zu führen. Der Gedanke, daß er selbst bei einer solchen Diskussion etwas lernen oder gar neue Einsichten gewinnen könnte, taucht gar nicht auf.“(100) An staatlichen Universitäten hat sich bereits gezeigt, „...daß die Inanspruchnahme

der Lehrfreiheit als Individualrecht ohne die Konkurrenz einer grundsätzlich gleichrangigen Lernfreiheit ausgesprochen autoritäre Züge annimmt und damit zutiefst unwissenschaftlich wird. Denn Wissenschaft, die sich nicht ständig selbst in Frage stellt, und ein Wissenschaftler, der glaubt, lehrend mit Wissenschaft umgehen zu können, ohne dabei ständig selbst Lernender zu sein, hören auf, wissenschaftlich zu sein." (101)

Mit der nach der Regierungswende in Bonn durch ein hohes Maß von Interessenidentität von Bundesregierung und Privatwirtschaft möglich gewordenen, direkten Einflußnahme der Unternehmerschaft auf Wissenschaft und Forschung ist das Interesse am Modell Gesamthochschule gänzlich erlahmt. Ohnehin ist es nicht gelungen, die Mehrheit der Studenten an Gesamthochschulen auf den sechssemestrigen Kurzzeitstudiengang abzudrängen. Lediglich 6,7 % aller in der Bundesrepublik Studierenden sind an Gesamthochschulen immatrikuliert, und nur in Nordrhein-Westfalen hat die Gesamthochschule ihren umstrittenen Platz halten können (102). H. Wenck vom Hochschulverband bringt es auf den Nenner: "...die an einigen Gesamthochschulen konstruierten Kurzstudiengänge haben sich gegenüber den Anforderungen der Berufspraxis noch nicht hinreichend bewährt." (103)

Das Kapital favorisiert jetzt eine Amerikanisierung der Hochschullandschaft: „Private Hochschulen in den USA haben im Vergleich zu staatlichen den Vorteil, daß sie flexibler auf die jeweilige Marktlage reagieren können. Dieser Punkt ist sehr entscheidend, denn man hat es ja mit einem Gewerbebetrieb zu tun. Sie können leichter auf die Launen des Arbeitsmarktes reagieren und leichter bestimmte Fachbereiche schließen." (104) Auf gleiche Bildungschancen für alle braucht in der derzeitigen wirtschaftlichen Krise und vor dem Hintergrund des Abbaus demokratischer Rechte in allen Lebensbereichen in der Bundesrepublik keine Rücksicht mehr genommen werden. So ist bereits 1982 auf einer Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der Gesamthoch-

schulen festgestellt worden: „Es ist kein originäres Anliegen der Hochschulen, den sogenannten Öffnungsbeschuß der Regierungschefs mit aller Macht zu erhalten und die Studentenzahlen auf 1,5 Millionen zu steigern. Es mag sogar gute Gründe geben, den Eintritt dieser Prognose mit allen Mitteln zu verhindern.“ (105) Und es wird offen polemisiert: „Eine schmerzhaftere Amputation kann auf Dauer heilsamer sein, als die allmähliche Auszehrung.“ (106) Ganz in diesem Stil empfiehlt im Januar 1984 die von der Bildungsministerin D. Wilms (CDU) eingesetzte Kommission unter Leitung von Prof. Werner Knopp eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und eine ersatzlose Streichung des Projekts Gesamthochschule; denn dieses habe sich nicht bewährt.

*

ALTE REZEPTE

Chancengleichheit wird nicht mehr angestrebt. Gestützt auf eine Ideologie des Machtstaats und orientiert an überkommenden Grundsätzen aus einer antidemokratischen Geschichtsepoche soll wissenschaftliche Hochschulbildung nur noch zur Rekrutierung einer regierungstreuen Elite gewährleistet werden. Die Reaktivierung deutschnationaler „Werte und Tugenden“ wie „Disziplin, Ordnung, Zuverlässigkeit, Fleiß und Höflichkeit“ (CDU) soll „das Zusammenspiel von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft in der richtigen Rollenverteilung“ (FAZ) ermöglichen. Die Hochschule darf nicht länger als „Spielplatz politischer Gruppen“ (Südd. Ztg.) dahinsiechen, sondern muß (wieder) zu einer „wissenschaft-

lichen Zuchtstation" (Die Zeit) werden (107). Studieren sollen nur noch Personen mit „vorbildlicher Persönlichkeit“, die nach konservativem Rechts-Verständnis „unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ von den Herrschenden sorgfältig ausgewählt werden.- Wenn schon das „Dritte Reich“ nicht so lange wie geplant gedauert hat, so soll doch wenigstens die „geistige Elite“ eines vor allem von unverbesserlichen, ehemaligen SS-Angehörigen und CDU/CSU-Mitgliedern angestrebten, „neuen, vereinten Europas“ aus deutschen Männern bestehen (108). Und damit der geistigen Größe einer neuen Führungsschicht der deutschen (und natürlich später der europäischen) Nation volle Geltung verschafft werden kann, werden proletarische Kräfte in der ihnen zugedachten Rolle schon mal eingeübt.

Nach der Umstellung des Bafög auf Volldarlehen sind jetzt Studiengebühren im Gespräch. Diese „dürfen nicht zu geringfügig sein“, erklärt Prof. G. Turner, ehemaliger Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Er hält eine Gebühr von 1 000,-DM oder mehr p.a. für eine angemessene Größenordnung (109). Nicht ganz so offen stimmt die rechte Studentenclique für eine Leistungsgesellschaft, in der jeder das erhält, was er sich finanziell leisten kann: „Studiengebühren werden vom RCDS weiterhin strikt abgelehnt. Doch darf es für die Diskussion keine Tabuthemen geben. Außerdem gelte es zunächst, Form und Höhe der Gebühren zu präzisieren.“ (110) Selbst dem RCDS-freundlichen Sozialliberalen Hochschulverband (SLH) ist das zuviel. Er schreibt: „Da sage einer, nur Marxisten beherrschen Dialektik.“ (111)

Der ehemalige weltanschauliche Referent des NSKK (Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps) und spätere Offizier für wehrgeistige Führung, eben der heutige CSU-Vorsitzende F.J. Strauß, der, ohne persönliche Konsequenzen fürchten zu müssen, von „kultureller Entartung“ sprechen kann, hat schon 1970 deutlich gemacht: „Bringen Sie das Geld mit, dann

dürfen Sie auch mitreden." (112) In seinem Grundsatzreferat auf dem kulturpolitischen Kongreß der CSU redet er von einer „erfundenen sogenannten Bildungskatastrophe“, fordert die Abkehr von einer Lehre der „unbegrenzten Bildbarkeit des Menschen“, meint, „die Begabung eines 10-jährigen (sei, d.V.) von wenigen Ausnahmen abgesehen“ erkennbar und hebt warnend den Finger: „Waren auch nicht viele Terroristen Studenten oder gar examinierte Akademiker?“ (113)

Die finanzielle Misere der Hochschulen, die entgegen vorherrschender Meinung keineswegs auf leere Kassen, sondern auf politische Entscheidungen über die Mittelverwendung (s. steigenden Rüstungshaushalt, wachsende Vergünstigung für Unternehmer) zurückzuführen ist, liefert den Vorwand, CDU/CSU-Bildungskonzepte aus der Schublade zu holen und durchzusetzen. Der Einfluß der Unternehmerverbände auf die Hochschulpolitik und insbesondere auf die Lehrinhalte wächst. Kritik an bestehenden Verhältnissen und interdisziplinäres Wissen werden zunehmend nur noch dann honoriert, wenn sie im Rahmen gewinnbringender Unternehmensstrategien von Nutzen sind. Eine Persönlichkeitsbildung ist vor allem im Sinne einer Internalisierung vaterländischen Pflichtbewußtseins erwünscht.

Die katastrophale Arbeitsmarktlage und die überfüllten Hochschulen liefern auch die Scheinargumente für eine Politik, die Frauen erneut verschärft diskriminiert und zurück an den Herd zwingen soll. Ungeniert wird dabei auf bewährte Ideologien zurückgegriffen. Hitlers NS-Hilfswerk „Mutter und Kind“ für die „förderungswürdige, erbtüchtige, hilfsbedürftige, deutsche Familie“ scheint neu erstanden zu sein. CDU/CSU-Länderregierungen propagieren die „neue Mütterlichkeit“, erinnern an Norbert Blüms Thesen zur „sanften Macht der Familie“ zahlen Gebärprämien und unterhalten Mütterschulen, in denen Mütter zu „guten Hausfrauen“ erzogen werden - u.a. durch Körbchenflechten. 1933 wurden weibliche Arbeitskräfte gemäß dem „Gesetz zur Verringerung der Ar-

beitslosigkeit" die Hauswirtschaft „überführt“. Heute wird den gebärwilligen Frauen Unterhaltsgeld versprochen, wenn sie drei Jahre lang auf jede Berufstätigkeit verzichten. In Baden-Württemberg heißt die Maßnahme zur Umerziehung der Frau zum Hausmütterchen dann auch unverblümt „Mutter und Kind“ (114).

*

MAULKORB FÜR STUDENTEN

Auch Gerichte wirken mit an der Politik der „geistigen Erneuerung“, und Richter kleben in unheilvoller Tradition „am Buchstaben und glauben an die Einheit von Staat und Recht, auch wenn der Staat das Recht längst untergraben hat, wenn Recht zu Unrecht und Widerstand zur Pflicht geworden sind.“ (115) Ihr ausgeprägtes technokratisches Rechtsverständnis, das sie zu „Handlangern jedes in Gesetzesform gegossenen Staatswillens“ (116) macht, schafft den deutschen Richtern das reine Gewissen, das sie benötigen, um ihre Urteile im Sinne der Herrschenden fällen und „Im Namen des Volkes“ verkünden zu können.

Das Verwaltungsgericht Hamburg untersagte dem ASTa der Universität Hamburg, „zu der Friedens-Vollversammlung am Donnerstag, den 20.10.83, 13 Uhr, im Auditorium Maximum der Universität Hamburg aufzurufen, sie durchzuführen und sich an der Durchführung zu beteiligen“, da auf ihr „vorwiegend die Diskussion um die Stationierung weiterer Raketen sowie die sich daraus für den Weltfrieden und die Sicherheit ergebenden Konsequenzen“

(117) geführt werden solle. Ähnlich lautende gerichtliche Verbote zur Durchführung von Friedensversammlungen wurden den Asten der Universitäten Bonn und Trier zugestellt. In allen Fällen waren als Antragsteller gegen die Studentenschaft Mitglieder bekannter rechter Organisationen wie CDU und Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) dabei (118), und auch der ultrarechte, wissenschaftsfeindliche „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (119) fehlte nicht. Diese erneuten und verstärkten Angriffe auf das politische Mandat der Studentenschaft zeigen, in welcher Richtung der „Umbau der Hochschule“ (H. Kohl) vorangetrieben wird.

Versuche, die Studenten zu entmündigen, hat es schon früher gegeben. So wurde behauptet, der Studentenschaft stehe es nicht zu, sich zu sogenannten „allgemeinpolitischen Themen“ zu äußern (120). Es wurde behauptet, daß ein sogenanntes politisches Mandat der Studentenschaft mit ihrem Charakter als öffentlich-rechtlicher Zwangsverband unvereinbar sei (121); daß die Studentenschaft als Körperschaft des Landesrechts sich nicht mit Angelegenheiten befassen dürfe, die nach der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung des Grundgesetzes Bundesangelegenheiten seien (122); schließlich, daß die Teilnahme einer Körperschaft des öffentlichen Rechts am Prozeß der Willensbildung des Volkes mit dem Prinzip der staatsbürgerlichen Repräsentation unvereinbar sei (123).“ (124)

Diese Auffassungen werden auch heute noch vertreten, obwohl seit Bestehen der Bundesrepublik an die Hochschulen, speziell auch an die Studentenschaft, ständig rein politische Anforderungen gestellt worden sind: „Es galt als selbstverständlich (und wurde auch von den Hochschulorganen, den Länderregierungen und der Bundesregierung gefördert), daß die Studentenschaften durch Veranstaltungen und Erklärungen eindeutig zu Fragen der Wiedervereinigung, der politischen Stellung Westberlins, zu den Verhältnissen in Ländern des Ostblocks (z.B. zu den Ereignissen 1956 in Ungarn),

zur Politik der Sowjetunion Stellung genommen haben. Eine ganz besonders rege politisch-propagandistische Tätigkeit entfalteten die Studentenschaften und der Verband Deutscher Studentenschaften gegenüber der DDR, wobei sie intensiv durch Landesregierungen und die Bundesregierung ideell und materiell unterstützt wurden (125).

Erst als 1959/60 in einzelnen Hochschulen kritisch zur Innen- und Außenpolitik der Regierungen eingestellter Studenten Einfluß auf die Studentenvertretungen gewannen, begann die Diskussion um das „politische Mandat“ der Studentenschaften. Jetzt wurde den kritischen politischen Stellungnahmen von Befürwortern der Regierungspolitik in der Studentenschaft deren rechtliche Unzulässigkeit entgegengehalten.

In der Praxis haben die Studentenschaften bis heute immer wieder politische Meinungsäußerungen abgegeben, und die Diskussionen um das „politische Mandat“ haben im allgemeinen den Charakter von Auseinandersetzungen um die politische Tendenz der Stellungnahmen gehabt. Das wird nicht zuletzt darin deutlich, daß solche politischen Resolutionen, bei denen sich alle Richtungen innerhalb der Studentenschaft einig sind (z.B. Solidaritätsadressen an die Studentenschaft in Polen), keinerlei Widerspruch finden.“ (126) Das politische Mandat ist also „solange unbeanstandet von den verschiedensten Studentenschafts- und Universitätsorganen ausgeübt worden..., wie die Emanate inhaltlich von den herrschenden Gesellschaftsauffassungen nicht abwichen.“ (127)

Heute wird die realitätsfremde juristische Konstruktion, die ein „allgemeinpolitisches“ Mandat von einem hochschulpolitischen Mandat unterscheidet, skrupellos dazu eingesetzt, die kritische Studentenschaft mundtot zu machen. Im Dezember 1982 erließ ein Gericht „Zwangsgeldverfügungen von 2 x 1.000,-DM für ein Flugblatt zum Schacht Konrad (geplante Atommülldeponie, in der auch die Uni Göttingen ihren radioaktiven Müll endlagern

wird) und für eine Ausgabe der „göttinger nachrichten“ (Organ des Göttinger AStA), in der u.a. über Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie über Nicaragua berichtet wurde.“(128) Das erwähnte Verbot an den AStA der Uni Hamburg, zur Friedensvollversammlung aufzurufen, wurde unter Androhung einer Ordnungsstrafe von „bis zu 500.000,-DM“(129) erlassen.

Politische Stellungnahmen sollen angeblich nur zulässig sein, soweit sie zur „Abwehr von Bestrebungen (dienen), welche a) unmittelbar die Freiheit der Forschung, Lehre und des Studiums...beeinträchtigen oder gefährden könnten, b) darauf gerichtet sind, das Grundgesetz in einer Weise abzuändern, durch welche die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie des Studiums beeinträchtigt oder gefährdet werden könnte...“(130) Mit der Forderung an die Studentenschaft zum Eintreten für die Erhaltung der verfassungsmäßigen Grundordnung wird die Regelung zur Ruhigstellung kritischer Studenten vollends deutlich; denn die Pflicht eines jeden für den Bestand der Verfassung einzutreten, ist eindeutig „eine allgemein politische Angelegenheit par excellence“(131). Auch, daß es um eine „körperschaftsgerechte“ Einschränkung der politischen Meinungsäußerung keineswegs geht, zeigt u.a. das Verhalten der Zwangskörperschaft Bundesärztekammer. Diese konnte ihren Mitgliedern im März 83 ungestraft nahelegen, CDU/CSU zu wählen.

„Hochschulpolitik können wir inzwischen nicht mehr ungestraft von allgemeiner Politik trennen“; denn in der Universität „keimen die Wirkungen, die draußen zum Chaos für alle ausarten können. Hier wachsen aber auch Mittel, mit denen wir unser Wohlergehen sichern können.“(132) Selbst „ein unpolitisches Selbstverständnis der Hochschulen (enthält, d.V.) notwendig eine politische Funktion. Dies ist nicht zuletzt eine Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus.“(133) Auch Studenten sind daher aufgerufen, sich an den politischen Entscheidungsprozessen der Gesellschaft zu beteiligen, egal ob diese zur Disziplinierung der Stu-

dentenschaft von den Herrschenden nun als „allgemeinpolitisch“ eingestuft werden oder nicht. Dies gilt erst recht angesichts einer Tendenzwende, die jetzt zur Eroberung der Hochschulen durch die Rechtskräfte im Auftrage eines demokratiefeindlichen Monopolkapitals führen soll.

*

LEMPERS DATENMANIPULATIONEN

In zunehmendem Maße sind die Hochschulen zum Ziel auch unqualifizierter, verbaler Angriffe geworden im Stil so platter und inhaltlich widersprüchlicher Kampfpapieren wie „Freiheit statt Sozialismus“. Die in ihrer Dreistigkeit kaum noch zu überbietenden Diffamierungen besonders der Gesamthochschulen, die seit ihrer Gründung den CDU/CSU-Politikern ein Dorn im Auge sind, haben einen neuen Höhepunkt Ende 1983 erreicht mit den dilettantisch anmutenden Manipulationen statistischer Daten durch den sogenannten „Bildungsexperten“ L.T. Lemper (CDU). Dieser meint, die Gesamthochschulen entwickelten sich zu „Gefälligkeitshochschulen“, die den Studenten eine „fast totale Erfolgsgarantie“ einräumten, und versucht so, Goodwill für die eliteorientierte, arbeiterfeindliche Bildungskonzeption der CDU/CSU zu erzeugen. Er behauptet, in den Fächern Sozialwissenschaften, Maschinenbau und Bauingenieurwesen sei in den vergangenen Jahren kein Student bei Prüfungen an Gesamthochschulen durchgefallen, und an der Gesamthochschule Duisburg gäbe es im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft schon seit langem keinen Fall

Abgelegte Prüfungen und Durchfallquoten nach Fachgruppen bzw. Studienbereichen, Prüfungsarten und Hochschularten von WS 1976/77 bis SS 1979 in NW

Prüfungsart	Semester	Hochschularten					
		Universitäten			Uni-Gesamthochschulen		
		Abgelegte Prüf.	darunter nicht bestanden	Durchfallquote	Abgelegte Prüf.	darunter nicht bestanden	Durchfallquote
Fachgruppe/Studienbereich Geisteswissenschaften							
Diplom	WS 76/77	270	12	4,4	25	-	0
	SS 77	340	14	4,1	23	1	4,4
	WS 77/78	315	17	5,4	42	3	7,3
	SS 78	329	19	5,8	42	4	9,5
	WS 78/79	339	10	3,0	37	2	5,4
	SS 79	296	11	3,7	25	1	4,0
Fachgruppe/Studienbereich Ingenieurwissenschaften							
Diplom	WS 76/77	456	7	1,5	-	-	-
	SS 77	527	9	1,7	3	-	0
	WS 77/78	514	6	1,2	21	-	0
	SS 78	733	13	1,8	75	2	2,7
	WS 78/79	612	9	1,5	95	1	1,1
	SS 79	619	11	1,8	125	-	0
Lehramt	WS 76/77	212	32	15,1	31	5	16,1
	SS 77	116	21	18,1	40	1	2,5
	WS 77/78	139	25	18,0	9	-	0
	SS 78	141	33	23,4	49	8	16,3
	WS 78/79	77	23	29,9	13	-	0
	SS 79	97	23	23,7	7	-	0
Fachgruppe/Studienbereich Naturwissenschaften							
Diplom	WS 76/77	650	34	5,2	1	-	0
	SS 77	513	25	4,9	4	-	0
	WS 77/78	585	11	1,9	5	-	0
	SS 78	625	26	4,2	27	-	0
	WS 78/79	581	22	3,8	28	-	0
	SS 79	613	14	2,3	35	-	0
Fachgruppe/Studienbereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften							
Diplom	WS 76/77	1063	314	29,5	290	65	22,4
	SS 77	748	111	14,8	312	70	22,4
	WS 77/78	1046	226	21,7	332	76	22,9
	SS 78	1367	272	19,9	394	79	20,1
	WS 78/79	864	185	21,3	359	63	17,6
	SS 79	801	178	22,2	259	40	15,4
Fachgruppe/Studienbereich Sport (-wissenschaft):							
Diplom	WS 76/77	91	-	0			
	SS 77	95	-	0			
	WS 77/78	85	-	0			
	SS 78	96	-	0			
	WS 78/79	95	-	0			
	SS 79	103	-	0			

Die Angaben über die Durchfallquoten sind nur beschränkt aussagefähig, da die Erhebungsunterlagen insbesondere über nichtbestandene Prüfungen nicht immer vollständig gelistet werden.

Quelle: MWF NW, Handbuch Hochschulen, Düsseldorf 1982, S. 274 ff.

mehr, wo ein Student durch eine Prüfung gefallen sei.

Natürlich sieht die Wirklichkeit anders aus: Von den Studienanfängern z.B. im Fachbereich Maschinenbau an der Gesamthochschule Duisburg gelingt nur ca. 20 % der Diplom-Abschluß (134), und an der Fernuniversität Hagen schaffen bis zu 60 % der Studienanfänger nicht den Sprung vom Grund- ins Hauptstudium (135). Die zwischen-geschaltete Hürde, das sogenannte Vordiplom, erweist sich als rigoroses Auswahlverfahren. Hier scheitern in einzelnen Prüfungsfächern wie z.B. an der Gesamthochschule Siegen im Fach Recht für Wirtschaftswissenschaftler bis zu 70 % der Prüflinge (136). „Wer das Vordiplom absolviert hat, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Lage, auch den Rest des Studiums erfolgreich zu bewältigen.“ (137) Dennoch bestehen von den Vordiplomierten längst nicht alle ihr Abschluß-Diplom. Z.B. liegt die Durchfallquote im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft an der Gesamthochschule Duisburg im Durchschnitt bei rund 21 % (138). Beim letzten Prüfungstermin fielen sogar 27,5 % der Probanden durch und nicht - wie Lemper weismachen will - Null Prozent.

Auch die nach Studienbereichen und Prüfungsarten aufgelisteten Durchfallquoten zeigen kaum Unterschiede zwischen herkömmlichen Universitäten und Gesamthochschulen (s. Tab. S.42). Nur für den Studienbereich Naturwissenschaften mag man Lempers Vorwurf auf den ersten Blick bestätigt sehen; denn hier ist bei den Diplomprüfungen vom Wintersemester 76/77 bis Sommersemester 79 an Gesamthochschulen im Gegensatz zu herkömmlichen Universitäten niemand durchgefallen. Allerdings darf die geringe Zahl abgelegter Prüfungen an Gesamthochschulen nicht übersehen werden. Bei nur wenigen Prüflingen, die alle sämtliche Hürden bis zur Diplomprüfung genommen haben, ist eine Durchfallquote von Null Prozent schnell erreicht. Davon abgesehen betragen die Durchfallquoten bei Diplomprüfungen in Sportwissenschaft ebenfalls seit Jahren 0 %. Aber darüber regt sich Lemper natürlich nicht auf, werden

diese Prüfungen doch an herkömmlichen Universitäten abgelegt.

Selbstverständlich dienen Lempers Angriffe auf die Gesamthochschulen nur der „Chancengerechtigkeit im Bildungswesen“, und so bleibt auch nach seinen Schein-Analysen die verschwommen-verlogene Rhetorik der rechten Kräfte nicht aus. In eingeübter „Nein, aber eigentlich doch - Strategie“ meint die CDU, es sei zwar noch zu früh, gegenwärtig schon von einem Skandal zu sprechen, jedoch habe der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister bereits angekündigt, sehr eindringlich mit den Hochschulrektoren zu sprechen. Schließlich müßten „wieder deutliche Prioritätsentscheidungen zugunsten einer höheren Qualität“ (139) in der Lehre und Forschung geschaffen werden; denn es müsse ein internationales Leistungsgefälle zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland verhindert werden (140). Und die CDU/CSU-Jünger vom RCDS lassen nach gleicher Strategie verlautbaren: „CDU-Vorwürfe gegen Gesamthochschulen pauschal und unbegründet“ (141), um (sich) anschließend zu verraten: „Eine pauschale Abschaffung der Gesamthochschulen zu fordern“, sei „nicht zu rechtfertigen“, sehr wohl aber sollte eine „Attraktivität des Fachhochschulstudiengangs angestrebt werden.“ (142)

Damit stimmen CDU/CSU und RCDS für Lempers Zielvorstellungen, also für eine stärkere Differenzierung zwischen Abitur und Fachhochschulreife und damit letztendlich für eine Abkehr vom Konzept der Gesamthochschule. Neu ist, daß die Töne von der SPD auf die Verleumdungskampagne gegen die Gesamthochschule derzeit ganz anders als gewohnt klingen. Zwar verurteilt der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Schwier (SPD) die Notenmanipulationen des eifrigen Lemper (143), scheint aber dennoch das Gesamthochschulkonzept nicht mehr verteidigungswürdig zu finden. Auf einer Pressekonferenz des Kommunalverbandes Ruhr in Essen kommt Schwier der CDU/CSU entgegen und legt einen Plan vor, nach dem ein erstes

Abschlußexamen generell nach sechs Semestern vorgesehen ist. Ein Weiterstudieren soll nur noch für diejenigen möglich sein, die eine „erneute Aufnahmeprüfung“ bestehen (144).

*

„AUSGEWOGENE“ BERICHTERSTATTUNG

Es ist keine neue Erkenntnis, daß die vierte Gewalt, die Presse als Kontrollorgan der Regierung, in der Bundesrepublik nur äußerst selten demokratischen Ansprüchen gerecht wird. Auch im Fall „Lempers Datenmanipulationen“ sieht es nicht anders aus. Einen Einblick verschaffen die auf den folgenden Seiten wiedergegebenen Artikel. Nach „Ausgewogenheit“ wird man vergebens suchen.

Neben „Mitte“ und „Abgrenzung“ gehört die „Ausgewogenheit“ zu den „drei Begriffen aus dem Suggestioneninstrumentarium“ (145), das dazu dient, reale Interessenwidersprüche und politische Konflikte zu glätten, zu bagatellisieren und zu leugnen. Längst ist die vielgepredigte „ausgewogene“ Berichterstattung auf der Seite der Kritiker zur berühmten „Schere im Kopf“ geworden. Die anderen, „Konservative und vorgeblich „Unpolitische“, liefern eine wohlfeile Hofberichterstattung.

„Wer die Macht hat, der bestimmt, was Begriffe bedeuten und was nicht, wie Werte zu definieren sind und wie nicht, wo sie anfangen und wo sie aufhören.“

(146) Da mögen Lempers Ausführungen über die Gesamthochschulen als „unhaltbare, irreführende und sogar diffamierende Angaben“ (147) entlarvt werden, „die auf Untersuchungen beruhen, die völlig aus dem Zusammenhang gerissen als polemisches Futter benutzt worden sind.“ (148) Da mögen Parallelen erkennbar sein „zu dem Anfang der siebziger Jahre, als angeblich an der FU Berlin nur noch die Note ‚sehr gut‘ vergeben wurde“ (149). Und da mag Lempers Pamphlet gegen die Gesamthochschule zutreffend charakterisiert werden als ein Zeitdokument, „an dem Schüler bestenfalls lernen können, wie durch unkorrekten Gebrauch statistischer Daten Meinungs- und Stimmungsmache in der Verfolgung politischer Absichten betrieben werden kann.“ (150) Dies alles ändert an der gewohnten Hofberichterstattung einer „ausgewogenen“ bürgerlichen Presse nichts, solange gestandene Journalisten bereit sind, ihr statistisches Grundwissen „sicherheitshalber“ zu vergessen, ihre vorgesetzten Chefredigierer mit der Sorgfaltspflicht allein zu lassen und in unheilvoller deutscher Tradition ihre Artikel in hingebungsvoller Unterwürfigkeit abzuliefern. Deshalb bleibt eine Berichterstattung gegen die Interessen des Volkes weiterhin gut möglich. Die deutlich erkennbaren Züge einer Gleichschaltung der Presse sind keineswegs rein zufällig.

*

aber putz - aber ehrlich
 e Zauberwort „Kun- Professor
 Um es ner Veröffentlichung Studenten so
 Die giert Studiengang in ein Grundstudium und
 zw Das Grundstudium als 90 Prozent
 letzten Prüfung ab
 kürzer
 Betrug nach Noten
 Hochschule
 Die No-
 zweistufigen-Univers
 ist
 and zu v
 Hoch-
 ersten Staatsexam
 (n) Gymnasialleh
 zent betragen, a
 legen als der Dur
 Zweiten Staatsp
 entwickle
 so nach-
 können
 indlich richtig
 Ziffern
 reichlich 2
 leben den
 diengänge em-
 ung nahm die and-
 Informa-So

**PRESSEKAMPAGNE GEGEN DIE GESAMTHOCHSCHULE
(Dokumentation)**

In dieser Dokumentation sind nicht nur
 einige Artikel zu Lempers Phantastereien
 wiedergegeben, sondern auch Veröffentlichun-
 gen, die sich mit dem Thema Studienzeitver-
 kürzung beschäftigen; denn der Plan einer
 Verkürzung der Studienzeit für die Masse der
 Studenten und die Reservierung einer gründ-
 licheren, länger dauernden Hochschulaus-
 bildung für eine "Elite", steckt letztend-
 lich auch hinter den Angriffen auf die Ge-
 samthochschule (s. dazu auch Stellungnahme des
 RCDS, S. 44) .

die Koal-
 Rektoren
 von Sch
 sächsischen
 (CDU) sch
 zu wollen
 (Jium) soll
 terenden
 ber die dazu
 nd nannte nur
 en in Nordrhein-Westfalen
 eithochschulen". Die Er-
 an den Gesamthochsch
 1981 auf
 wiev teilt
 schluß-
 Kandidaten
 Zensurenge
 Studium ein „Bewährungsstudiu
 isiert seine Vorstellungen zum Hochschulzuga
 wert; dort sind
 ein winziges
 den viele Studenten
 ite Phase durchlaufen
 erkung wäre nicht eine
 ern eine Verlän
 Ernster
 rsch
 Wissensch
 zu: "Der
 hat sich
 ab
 gert sich
 hochlicher
 acht Semeste
 hat: zlich
 d.

Hochschul-Finsternis

Von Helmut Möller

Der seltsam lautlosen, merkwürdig passiven Düsseldorfer Landesregierung rinnen die Ergebnisse sozialdemokratischer Aufbau- und Prägearbeit durch die Experten Hände wie trockener Sand durch ein Sieb. Die Forschieit des reformatorischen Aufbruchs ist einem ängstlichen Sichern und Lauschen gewichen. Allzu unbarmherzig schlägt jetzt zu Buch, was schon zu Beginn der SPD-Ära den Genossen (und Fachmann) Alex Möller als Bundesfinanzminister zurücktreten ließ: die euphorische Überschätzung finanzieller und sozialer Möglichkeiten.

In Nordrhein-Westfalen entstanden großzügige Institutionen. Zum Beispiel ein nicht mehr so gern genanntes Klinik-Monster in Aachen. Jetzt ist noch ein Renommier-Objekt des Ministerpräsidenten und ehemaligen Wissenschaftsministers Johannes Rau ins Zwielficht geraten — die fünf Gesamthochschulen. Allzu großzügig geht es dort mit den Notierungen zu. Wer einmal die erste Zwischenprüfung mit dem Diplom I bestanden hat, und das sind 78 Prozent, dem steht der weitere Weg nahezu ungefährdet offen. Das riecht nach Skandal und hat die CDU auf den Plan gerufen.

Finanziell war die Lage Anfang der 70er Jahre, als Rau die Gesamthochschulen gründete, noch nicht hoffnungslos, wenn auch schon von inflationärer Gesinnung durchsetzt. — Zum geistig-ideologischen Umfeld dieser Phase gehörte auch die scharfe Auseinandersetzung um Bildungsziel und Menschenbild der politischen Gruppierungen. Für die SPD ging (und geht) es um Chancengleichheit, für die Unionsparteien um Chancengerechtigkeit.

Rau kam mit den Gesamthochschulen, die auch für Bewerber mit Fachhochschulreife (also kein Abitur) geöffnet sind, einem vorausgesetzten „sozialen“ Bedürfnis entgegen. Diese Hochschulen fußen mit ihren integrierten Studiengängen auf dem Geist, aus dem heraus auch die Gesamtschulen gewachsen sind. Ebenso wie diese bei den herkömmlichen Gymnasien, provozieren die Gesamthochschulen bei den klassischen Universitäten allergische Reaktionen. Denn im konservativen „Humus“ gilt immer noch die These, alle Menschen sind zwar vor dem Gesetz gleich, als individuelle Ausprägung jedoch grundverschieden. So ist es nur natürlich, daß sich die Lager gegenseitig kritisch beäugen, und der CDU-Bildungsexperte in NRW, Lothar Theodor Lempfer, ist fündig geworden. Demnach gibt es im Gegensatz zu anderen Hochschulen an den Gesamthochschulen 100prozentig positive Prüfungsergebnisse. Das kann nur wahr sein, wenn man eine manipulierte Wirklichkeit akzeptiert. Die möglichen Arbeitgeber der Gesamthochschul-Absolventen werden dazu aber nicht bereit sein. Außerdem läßt die finanzielle Lage nicht zu, eine bildungspolitische Idee unter sehr fragwürdigen Umständen zu stützen. Der Fall ist so brisant, daß Wissenschaftsminister Schwier unverzüglich dazu Stellung beziehen muß, wenn sich nicht ein Gift bilden soll, das besonders den Studenten dieser Hochschulen schadet.

Rhein. Post 26. AUG. 1983

Notenskandal an Gesamthochschulen

Minister: Rektoren sollen sich rechtfertigen

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Breuer

Düsseldorf - Einen Notenskandal an den sechs nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen hat die CDU-Opposition aufgedeckt. Wie der Bildungsexperte und stellvertretende rheinische CDU-Landesvorsitzende, Lemper, gestern mitteilte, liege in vielen Studiengängen die Erfolgsquote der Prüfungen bei 100 Prozent. Bis zu 10 Prozent der Prüflinge an den Gesamthochschulen an Rhein und Ruhr legten Examen mit den Noten „sehr gut“ und „gut“ ab. So sei zum Beispiel im Fach Sozialwissenschaft

in den vergangenen Jahren kein Student bei den Prüfungen der Gesamthochschulen durchgefallen. Wissenschaftsminister Schwier (SPD) hat in einer ersten Reaktion gestern alle Gesamthochschulrektoren zu einer sofortigen Stellungnahme aufgefordert. Nach Informationen der Rheinischen Post war dem Minister der Vergleich der Prüfungsergebnisse nicht bekannt, obwohl er in der Grundsatzabteilung seines Hauses erarbeitet worden ist.

Nach den im nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium aufbereiteten und durch den CDU-Politiker Lemper veröffentlichten Daten haben im Studienjahr 1981/82 nicht nur im Fach Sozialwissenschaften, sondern auch in den Disziplinen Mathematik, Physik, Chemie, Maschinenbau, Sicherheitstechnik und Bauingenieurwesen 100 Prozent der Prüflinge ihre Diplome bekommen. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften gibt es nach Angaben Lempers an den Gesamthochschulen Duisburg und Wuppertal zum Beispiel schon seit langem keinen Fall mehr, wo ein Student durch die Prüfung gefallen sei.

Lemper warf der Landesregierung vor, die vom damaligen Wissenschaftsminister Rau gegründeten Gesamthochschulen betrieben in Nordrhein-Westfalen eine „Inflation“ von guten Noten und entwickelten sich immer mehr zu „Gefälligkeitshochschulen“. Gegenüber der fast totalen Erfolgsgarantie an den Gesamthochschulen unterscheide sich das Bild der Prüfungsergebnisse an den sogenannten klassischen Hochschulen ganz

erheblich, stellt Lemper weiter fest. Die dortigen Durchschnittsergebnisse spiegelten im Gegensatz zu den Gesamthochschulen die Bandbreite der geistigen Fähigkeiten von Studenten wider. Dagegen seien die Note „ausreichend“ und der Tatbestand einer nicht bestandenen Prüfung an den Gesamthochschulen „seltene Ausnahmen“ geworden. So sei im letzten Jahr an der Gesamthochschule Wuppertal die Note ausreichend nur ein einziges Mal vergeben worden. In acht von neun erfaßten Studiengängen sei die Note ausreichend überdies an mehreren Gesamthochschulen ganz abgeschafft worden. In diesem Zusammenhang sei es interessant, fährt Lemper in einer von der CDU-Landtagsfraktion verbreiteten Erklärung fort, daß es eine deutliche Abwanderung von Studenten von Gesamthochschulen zu den klassischen Universitäten gebe. Damit reagierten die Studenten rationaler als die nordrhein-westfälische Landesregierung.

Rhein. Post 26. AUG. 1983

Nur wenige Kandidaten fallen in Hochschulprüfungen durch

Zahlen des Statistischen Bundesamtes / Mehr als 90 Prozent bestehen / Die Notengebung

Reu. FRANKFURT, 2. September. Kann man an den Hochschulen noch durch Abschlußprüfungen fallen? Unmöglich ist das nicht; das belegen die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 1981. Danach haben 92,7 Prozent aller Kandidaten ihre Abschlußprüfung an einer Hochschule bestanden; 7,3 Prozent schafften es nicht. Die niedrigste Erfolgsquote verzeichnen die Juristen: 75,8 Prozent bestanden, 24,2 Prozent durchgefallen. Relativ streng sind auch die Wirtschaftswissenschaftler mit einer Erfolgsquote von 87,7 Prozent. Die höchsten Erfolgsquoten gibt es bei den Promotionen, in medizinischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen sowie in Fachhochschulstudiengängen (Sozialwesen, Verwaltungswissenschaften). Bei dieser Prüfungen besteht so gut wie jeder, der es bis dahin geschafft hat. Auch bei Lehramtsprüfungen für Grund- und Hauptschulen/Primarstufe fällt kaum einer durch (Erfolgsquote 95,2 Prozent). Etwas gefährlicher sind allerdings die Lehramtsprüfungen für Gymnasien (Erfolgsquote 90,5 Prozent).

Die Zunahme der guten Benotungen bereitet dem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister Schwier, wie er sagt, Sorge. Er hat daher eine Untersuchung über das Notenverhalten aller Hochschulen in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben. Sie ist noch nicht in allen Einzelheiten ausgewertet; aber die ersten Ergebnisse liegen dem Minister vor. Danach betrug die Erfolgsquote bei Abschlußprüfungen an den Universitäten und Technischen Hochschulen im Sommersemester 1981 90,2 Prozent.

Einem Hochschulpolitiker der CDU, Lemper, war ein Teil des noch unveröffentlichten Materials zugespielt worden. Er sprach von einer „Inflation guter

Noten“ und nannte nur die Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen „Gefälligkeitshochschulen“. Die Erfolgsquote an den Gesamthochschulen belief sich 1981 auf 91 Prozent. Der Unterschied zu den Universitäten war also minimal. Außerdem liegt Nordrhein-Westfalen fast genau im Bundesdurchschnitt, sogar etwa ein Prozent unter dem jeweiligen Mittelwert; dort sind die Hochschulen also um ein winziges strenger.

Bei der Beurteilung dieses Notenverhaltens gilt es zu berücksichtigen, ob im jeweiligen Studienfach eine oder mehrere Zwischenprüfungen verlangt werden oder nicht und wie streng diese Zwischenprüfungen sind. Auf den Vorwurf eines Notenskandals an den Gesamthochschulen hat die Universität/Gesamthochschule Essen daher mit einer Veröffentlichung der Ergebnisse für den Studiengang Maschinenbau reagiert. Dieser Studiengang gliedert sich in ein Grund- und ein Hauptstudium. Das Grundstudium wird mit der Diplomvorprüfung abgeschlossen. In den letzten Jahren haben nur 50 bis 60 Prozent der Studienanfänger das Vordiplom erhalten. Etwa die Hälfte der Studienanfänger erreichten in Essen im Fach Maschinenbau nicht den Zugang zur abschließenden Diplomprüfung, teilte die Gesamthochschule mit: Dieser Schwund sei das Problem der Hochschule, nicht die hohe Erfolgsquote bei den Abschlußprüfungen.

Dieses Beispiel sei ebenso willkürlich ausgewählt, wie der pauschale Vorwurf, daß kaum noch jemand durch die Abschlußprüfungen falle, irreführe, sagen Fachleute. Es gebe nämlich Studiengänge ohne entsprechende Zwischenprüfungen. Erinnert wird an das Wort des früheren Bundesvorsitzenden der Ge-

werkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frister, ein Student in manchem „Lehramtsstudiengang“ brauche nur die Geduld, bis zum Ende des Studiums auszuhalten; durchfallen könne er so gut wie nicht. Über Lehramtsprüfungen liegen in Nordrhein-Westfalen zur Zeit nur relativ globale Ergebnisse vor, die einen detaillierten Vergleich zwischen Universitäten und Gesamthochschulen nicht zulassen. Der Philologenverband kritisiert daher auch, daß die Prüfungsergebnisse nur nach Prüfungsämtern, aber nicht nach den einzelnen Hochschulen aufgeschlüsselt werden.

Insgesamt betrug die Erfolgsquote bei den Ersten Staatsprüfungen für ein Lehramt nach Schwiers Statistik im Jahre 1982 gut 95 Prozent (Primarstufe 97,9 Prozent, Sekundarstufe I 95,9 Prozent, Sekundarstufe II 96,9 Prozent). Der Philologenverband will aber erfahren haben, daß nur die neuen „Stufenlehrer“-Prüfungen „todsicher verlaufen“ seien; dagegen habe die Durchfallquote im Ersten Staatsexamen bei den (auslaufenden) Gymnasiallehrerprüfungen 19,9 Prozent betragen, also erheblich höher gelegen als der Durchschnitt. Auch bei den Zweiten Staatsprüfungen seien „merkwürdige Entwicklungen“ zu beobachten. So hätten am Ausbildungsseminar in Mönchengladbach 1982 fast 60 Prozent der Referendare ihr Zweites Staatsexamen mit „gut“ oder „sehr gut“ bestanden, und niemand sei durchgefallen. Dagegen hätten im Seminar Kleve 16,4 Prozent die Prüfung nicht bestanden, und nur 20 Prozent der Prüflinge hätten die Noten „gut“ oder „sehr gut“ erhalten.

Dieses unterschiedliche Notenverhalten führt nach Überzeugung des Philologenverbands zu unerträglichen Ungerechtigkeiten, weil von diesen Zensuren die Einstellung in den Schuldienst abhängt. So sei zu befürchten, daß bessere Kandidaten in Seminaren ohne Noteninflation schlechter abschnitten als schlechtere Kandidaten in besonders „großzügigen“ Seminaren, was zur Folge habe, daß die Besseren ohne Stelle blieben und die Schlechteren Lehrer würden. Darauf angesprochen, sagte der nordrhein-westfälische Kultusminister Girgensohn, die Unterschiede vor Seminar zu Seminar seien nicht so groß, daß er ein Bonus-Malus-System einführen müsse. Aber es sei richtig, daß „die Beteiligung unserer Beamten an der Zweiten Staatsprüfung verstärkt werden muß“. Mit anderen Worten: es müsse stärker auf die Vergleichbarkeit der Noten geachtet werden.

Wissenschaftsminister Schwier teilt dazu ergänzend mit, welche Abschlußnoten die Hochschulen im Durchschnitt aller Fächer verteilen. An den Universitäten und Technischen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen bestehen 66,8 Prozent, also zwei Drittel aller Absolventen, ihre Abschlußprüfung mit der Note zwei oder besser, 26,9 Prozent mit der Note drei und etwa drei Prozent mit der Note vier. Die Gesamthochschulen verteilen in den entsprechenden Studiengängen ihre Abschlußnoten ähnlich: 65,8 Prozent Zweien und Einsen, 32,5 Prozent Dreien und nur etwas mehr als ein Prozent Vieren.

F.A.Z. 3. SEP. 1983

Reu. Eine „Inflation guter Noten“ will die nordrhein-westfälische CDU an den Gesamthochschulen des Landes entdeckt haben. Vier von fünf Studenten erhielten dort die Prüfungsnoten „gut“ und „sehr gut“, kritisiert der Landtagsabgeordnete Lemper; in den meisten Studiengängen falle überhaupt kein Prüfling mehr durch. Der CDU-Politiker nennt die Gesamthochschulen daher „Gefälligkeitshochschulen“. Die Landesregierung in Düsseldorf sollte prüfen, was daran ist. Die Vorwürfe werden die Wirklichkeit nicht weit verfehlen. Allerdings gibt es auch an Universitäten ganze Fachbereiche oder Fakultäten — und das nicht nur in Nordrhein-Westfalen —, die großzügig Einser und Zweier austeilen. So schwer, wie es für Lehramtskandidaten früher war, im Staatsexamen eine Eins zu bekommen, so schwierig ist es für sie heute, durchzufallen. Die Professoren wollen ihnen nicht mit schlechten Zensuren die Chance auf eine Einstellung in den Schuldienst nehmen. Es gibt aber auch Fächer wie Jura, in denen die Anforderungen immer höher geschraubt werden, damit nicht zu viele Examinierte den Arbeitsmarkt überschwemmen. In beiden Fällen handeln die Professoren falsch. Sie geben den einzig adäquaten Maßstab auf — den akademischen.

Betrug nach Noten

Reu. Sind die Abschlußzensuren der deutschen Hochschulen noch etwas wert? Zwei Drittel aller Absolventen in Nordrhein-Westfalen erhalten eine Zwei oder eine Eins; fast ein Drittel besteht mit der Note drei. Diejenigen, die sich mit einer Vier begnügen müssen oder die durchfallen, muß man mit der Lupe suchen. Ganz falsch wäre es zu glauben, die Noteninflation beschränke sich auf Nordrhein-Westfalen. Richtig ist aber, daß es von Fach zu Fach Unterschiede gibt. Doch auch in vielen Fächern, deren Zensuren nichts über das Leistungsvermögen der Kandidaten aussagen, sind die Noten noch viel wert. Das ist ja gerade einer der Gründe für die unverantwortliche Inflation. Bedenklich ist diese Entwicklung vor allem bei den Staatsexamina für das Lehramt. Wer aus einer Einserfabrik kommt, wird eher in den Schuldienst eingestellt; wer von Prüfern, die etwas auf sich halten, normale Zensuren erhält, wird benachteiligt. Der Philologenverband spricht davon, daß die Lehramtsprüfungen an mancher Einerschütte unter dem Abitur-Niveau lägen. Der Europa-Abgeordnete Sälzer wird daher nicht müde, von Betrug zu reden — ohne daß sich etwas geändert hätte. Die Auswahl der Lehrer hat sich zu einem Skandal entwickelt.

CDU-Kritik an NRW-Gesamthochschulen

Inflation guter Noten

Von RAINER NAHRENDORF

Personalleiter großer Unternehmen wissen längst aus leidgeprüfter Erfahrung, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Inflation von Titeln und guten Noten hat sie ihre eigenen Auswahlkriterien und Testverfahren entwickeln lassen, um die Streu vom Hochschulweizen zu trennen. Die Gesamthochschulen des Landes NRW, umstrittene Schöpfung sozialliberaler Reformpolitik, hat der ihnen entgegengebrachte Argwohn, mehr Masse als Klasse zu produzieren, offensichtlich nicht ruhen lassen. Der nordrhein-westfälische CDU-Bildungsexperte Theodor Lemper hat einen „Notenskandal“ pressekundig gemacht. Er hat herausgefunden, daß bis zu 80 Prozent der Studenten an den Gesamthochschulen die Prüfungsnoten „Sehr gut“ und „Gut“ erhalten und die Quote bei den bestandenen Prüfungen in den meisten Studiengängen bei 100 Prozent liegt.

Selbst wenn so mancher schwache Kandidat vor dem Examen schon „herausgeprüft“ wurde oder selbst die Segel strich, bringt der Segen allzu guter Examen die NRW-Gesamthochschulen in den Ruf von „Gefälligkeitshochschulen“. Abwanderungsbewegungen von Studenten von Gesamthochschulen hin zu klassischen Universitäten deuten darauf hin, daß auch ihnen ein durchschnittliches Examen einer herkömmlichen Universität lieber ist als das Frädikatsexamen einer Gesamthochschule. Die NRW-Gesamthochschulen wären gut beraten, das Ruder schnell herumzuwerfen. Eine Selbstabwertung durch eine Inflation guter Noten kann nicht in ihrem Interesse liegen.

Handelsblatt 26/27. AUG. 1983

Zwei Drittel haben „gut“ und „sehr gut“

In Nordrhein-Westfalen
streiten sich Politiker um die Benotung an Gesamthochschulen

DUSSELDORF / ESSEN. Die nordrhein-westfälische CDU hat „eine Inflation guter Noten“ an den Gesamthochschulen des Landes kritisiert. Wie der CDU-Bildungsexperte Lothar Theodor Lemper erklärte, erhalten bis zu 80 Prozent der Studenten an den Gesamthochschulen die Prüfungsnoten „sehr gut“ und „gut“. Die Quote bei den bestandenen Prüfungen in den meisten Studiengängen liege bei 100 Prozent. Der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Hans Schwier (SPD) hat die Kritik der CDU an der Notengebung zurückgewiesen. Auf einer Pressekonferenz in Essen warf Schwier dem CDU-Bildungsexperten Lemper vor, sich aus einer noch nicht abgeschlossenen Untersuchung einzelne Daten herausgegriffen zu haben, um „pauschal und willkürlich die Gesamthochschulen zu diffamieren“.

Schwier reagierte damit auf den Vorwurf des CDU-Politikers, die Gesamthochschulen an Rhein und Ruhr würden immer mehr zu „Gefälligkeitshochschulen“. In diesem Zusammenhang sprach der CDU-Politiker davon, daß immer mehr Studenten zu den klassischen Universitäten abwanderten. Damit reagierten die Studenten selbst rationaler als die Landesregierung, erklärte Lemper. Er warf Schwier vor, die Unterlagen über diesen „Notenskandal in seinem Ministerium zur geheimen Verschlusssache“ erklärt zu haben und damit dem Ruf der Gesamthochschulen als zuverlässige, leistungsbezogene Hochschulen zu ruinieren. Demgegenüber erklärt Schwier, daß er die Untersuchung über das Notenverhalten aller nordrhein-westfälischen Hochschulen in Kürze bekanntgeben und mit den Hochschulen diskutieren wolle.

Frankfurter 1. SEP. 1983
Rundschau

Nach bislang vorliegenden Ergebnissen habe die Erfolgsquote an den Universitäten/Technischen Hochschulen zum Sommersemester 1981 90,2 Prozent betragen, in den vergleichbaren Studiengängen der Universitäten/Gesamthochschulen habe sie 91 Prozent betragen. Bundesweit liege die Erfolgsquote bei 92,7 Prozent, sagte Schwier.

Im gleichen Zeitraum hätten an den Universitäten/Technischen Hochschulen 66,8 Prozent der Studenten die Note 2 und besser gehabt, bei den entsprechenden Studiengängen der Gesamthochschulen hätten 65,8 Prozent der Studierenden dieses Notenergebnis gehabt.

Schwier betonte in Essen, daß ihm als Wissenschaftspolitiker die Zunahme der guten Benotungen Sorge mache. Er werde nach Abschluß der Untersuchung darüber mit Rektoren „sehr eindringlich“ reden. Zuzugeben sei den Hochschulen aber, daß ein Teil der Studenten bereits vor dem Examen das Studium aufgabe. Um diesen Prozentsatz der Studenten müsse man sich dringend kümmern. Abschließend sagte der Minister, daß es kein Geheimpapier des Wissenschaftsministers gebe. Ergebnisse nordrhein-westfälischer Prüfungen würden jeweils im „Handbuch Hochschulen“ veröffentlicht.

Der Rektor der Universität-Gesamthochschule Paderborn, Friedrich Buttler, hat in einem Brief an den CDU-Politiker Biedenkopf betont, es könne nicht hingenommen werden, „daß bildungspolitische Sprecher der CDU oder solche, die sich dafür ausgeben, leichtfertig die Hochschulen und ihre Mitglieder in der Öffentlichkeit verunglimpfen“. Buttler bittet Biedenkopf in seinem Brief, die Hochschulen vor „ungerechtfertigten Angriffen“ in Schutz zu nehmen. ap/uf

D/R/S

Die Not der Notengebung

Kritik an zu großzügiger Zensurierung vieler deutscher Hochschulen — Neuer Anlauf des FU-Präsidenten

Das Problem ist so alt wie die Massenuniversität. Seit Jahren beschäftigen die hervorragenden Noten einiger Universitäten Presse, Wirtschaft und Wissenschaftsminister der einzelnen Bundesländer. Zuletzt entzündete sich die öffentliche Empörung an den nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen. Ihnen wurde vorgehalten, daß sie die Bewertung ihrer Examenkandidaten zu leicht nähmen und es den Absolventen damit auf dem Arbeitsmarkt unnötig schwer machen.

Den Vorwürfen folgen in der Regel Rechtfertigungen — keine Universität, die die Kritik an einer zu großzügigen Notenvergabe unwidersprochen hinnimmt, kaum ein Wissenschaftsminister, der diesen Makel auf seinen Hochschulen sitzen läßt.

Auch Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsminister Hans Schwier reagierte prompt auf den Vorwurf der oppositionellen CDU, an den Gesamthochschulen des Landes sei eine „Inflation guter Noten“ zu verzeichnen. Er erklärte, daß im Sommersemester 1981 die Erfolgsquote der Gesamthochschulen mit 91 Prozent leicht über der Quote der Universitäten und Technischen Hochschulen des Landes (von 90,2 Prozent) liegt. Womit die bundesweite Erfolgsquote der Gesamthochschulen von 92,7 Prozent sogar noch unterboten wäre.

Wie andere Minister und Universitätspräsidenten vor ihm bekannte aber auch er, daß ihm die Zunahme guter Noten Sorge mache. Auch er versprach, mit den Rektoren „sehr eindringlich zu reden.“

FU ein Stück weiter

An diesem Punkt ist die Freie Universität Berlin ein Stück weiter. Seit Jahren sind die guten bis sehr guten Einheitsnoten vieler Fachbereiche Gegenstand öffentlicher Kritik und in Abständen auch immer wieder Besprechungspunkte bei Sitzungen des Akademischen Senats. Ohne daß sich allzu viel geändert hätte. Es gibt kaum eine Durchschnittsnote, die unter 2,0 liegt. In einigen Fächern schließen die Kandidaten durchweg mit einer Eins ab.

Ein vor zwei Jahren veranstaltetes Symposium zum Thema „Diplomprüfungen im Widerstreit“ brachte zwar namhafte Experten zusam-

men, zeigte aber keinen Weg, wie man von der großzügigen Durchschnittsnote bei den Diplom- und Magisterprüfungen zu „normalen“ Bewertungen und zu einer Abstufung kommen könnte, die ein unterschiedliches Leistungs-niveau spiegelt.

Die Professoren, die die Zensuren vergeben, sind in einer schwierigen Situation, und das mehr denn je. Kaum jemand möchte die geringen Arbeitsmarktchancen der in Scharen von der Hochschule strömenden Jungakademiker durch eine strenge Note noch weiter verschlechtern.

Dennoch gibt es nur wenige, die die Abschaffung einer differenzierten Bewertung fordern, wie es in der Humanmedizin und Pharmazie durch die Einführung von „bestanden“ und „nicht bestanden“ bereits geschehen ist. Auch Lämmert sprach auf dem Symposium von der Pflicht der Universität, Absolventen von besonderer Leistungsfähigkeit der Öffentlichkeit zu signalisieren und umgekehrt andere vor Positionen zu schützen, denen sie nicht gewachsen sind.

Ausführliche Statistik

Kaum eine Universität hat durch eine ausführliche Prüfungsstatistik so genau Buch über ihre Examina geführt (und sich damit Angriffen ausgesetzt) wie die Freie Universität. Daß ihr Notenstandard jedoch kein Einzelfall ist, zeigte die Umfrage Lämmerts bei anderen Universitäten. Trotz der „zähen Zurückhaltung“, auf die er in vielen Fällen stieß, schickten ein paar Hochschulen Vergleichszahlen und Notendurchschnitte, die sich häufig nicht sehr weit von FU-Werten unterschieden.

Im Fach Biologie etwa schwankte der Semesterdurchschnitt um 1,4. Zwei Universitäten hatten Lämmert bessere Durchschnittsnoten mitgeteilt. Sechs Hochschulen hatten einen Schnitt zwischen 1,4 und 1,8, angegeben, eine Universität nannte einen Mittelwert von 2,0. In der Mathematik bewegte sich der Durchschnitt der FU um 1,7. Zwei Universitäten teilten einen Schnitt von 1,3 mit, zwei weitere Hochschulen gaben 1,8 und vier Universitäten 2,0 an.

Doch nicht nur über die Universitätsexamina, auch über die staatlichen Lehramtsprüfungen

wird Klage geführt. Der rheinland-pfälzische Kultusminister Gölter kritisierte kürzlich vor Delegierten des Hochschulverbandes, daß ihm schlechtere Noten als Zweien seit geraumer Zeit nicht mehr untergekommen seien und Bewerber aus einigen Bundesländern (übrigens nicht aus dem relativ streng zensierenden Berlin) nur noch Einsen vorwies.

Für die Wirtschaft spielt die Note schon lange nur noch eine untergeordnete Rolle. Sie achtet bei der Beurteilung der Bewerber zunehmend auf die Studiendauer. Der Studienschwerpunkt hat ebenso Gewicht wie außeruniversitäre Aktivitäten und praktische Erfahrungen.

Studiendauer und Erfahrung

Große Betriebe filtern sich ihren Nachwuchs über Eignungstests und damit eigene Prüfverfahren heraus. Zusätzlich sollen Trainee-Programme Hochschulabsolventen mit dem vom Unternehmen gewünschten Know how versorgen.

Wenn es also ohnehin einen Auslesemechanismus gibt, kann der Universität und den Studenten nicht daran gelegen sein, die Beurteilung der Kandidaten aus der Hand zu geben. Dies würde die Hochschule als Bildungsstätte entwerten. Will sie nicht nur auf fremde Tests vorbereiten und ihr Studienangebot aufrecht erhalten, hat sie keine andere Wahl als zu prüfen und zu zensieren", urteilt FU-Abteilungsleiter für Forschung, Lehre und Studium Traugott Klose.

Mit einem vom Akademischen Senat kürzlich zustimmend zur Kenntnis genommenen Rundschreiben über die Organisation und Verwaltung von Hochschulprüfungen unternimmt jetzt FU-Präsident Lämmert einen Versuch, die Professoren als Prüfer stärker in die Pflicht zu nehmen.

Er beruft sich dabei auf das Berliner Hochschulgesetz, das ihm das Recht gibt, Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Ordnung von Universitätsangelegenheiten zu treffen. Bis auf wenige Punkte, die bei Begründung Ausnahmen gestatten, ist das Papier bindend.

Professoren sollen genannt werden

Neben den Fächern und der Note sollen auf dem Zeugnis in Zukunft auch die Namen der Professoren genannt werden, um die Urheber von Noten aus ihrer Anonymität zu holen. Die Hochschullehrer werden dazu angehalten, mündliche Prüfungen mit anderen Hochschullehrern oder in Gegenwart eines „sachkundigen Besitzers“ abzunehmen. Eine genaue Akten- und Protokollführung soll Rechenschaft gegen über den anderen Prüfern abgeben.

Aus der Akte muß der gesamte Ablauf des Prüfungsvorgangs — von dem Zulassungsantrag

Neuer Anlauf des FU-Präsidenten

und der Entscheidung darüber bis zur Aushändigung des Diplomzeugnisses — zu entnehmen sein. Außerdem ist ein Beiblatt anzulegen, das Prüfungsablauf, Namen der Prüfer und Themenschwerpunkte enthält.

Protokolle über mündliche Prüfungen und Klausuren, die Teil von Zwischen- und Abschlussmania sind, müssen neben Uhrzeit und Namen der Kandidaten und Hochschullehrer die Prüfungsgegenstände und die Kennzeichnung der Leistungen auführen. Schließlich ist eine Gesamtbewertung des Prüfungsverlaufs und der Leistung der Kandidaten abzugeben.

Bei Verstößen „Abmahnung“

Die Rolle des Prüfungsausschuß-Vorsitzenden wird gestärkt. Bei Mängeln und Verstößen hat er die Verantwortlichen — in schriftlicher Form — „abzumahn“.

Vor allem aber wird mit dem Rundschreiben an eine einheitliche Vorgehensweise aller Prüfer appelliert. Sie allein entscheidet darüber, ob bei den Hochschulnoten etwas in Bewegung kommt oder nicht. Dorothea Hilgenberg

Der
Tagesspiegel 2. OKT. 1983

Vor dem Studium ein „Bewährungsstudium“?

Oschatz präzisiert seine Vorstellungen zum Hochschulzugang

Tgn. HANNOVER, 5. August. Der niedersächsische Kultusminister Oschatz hat seine Überzeugung bekräftigt, daß das Abitur nicht mehr zugleich Schulabschluß und Eintrittskarte für jede Hochschule sein sollte. Der schnelle technische, wirtschaftliche und soziale Wandel, die steigende Zahl der Schüler und Studenten, der Verlust an Übereinstimmung über den Umfang und den Inhalt von Allgemeinbildung, die veränderten Anforderungen der Berufe und der Hochschulen ließen es, so Oschatz, als ratsam erscheinen, die Aufgaben der gymnasialen Oberstufe neu zu bestimmen und die Studiengänge der Hochschulen neu zu ordnen. Dabei sollten die Hochschulen darüber entscheiden, ob und wo die Schulabgänger zum Studium zugelassen werden.

Der Minister erinnert an die raschen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in der Gesellschaft geführt hätten. Da kollidierten die Aufgaben von Schule und Hochschule, das Verständnis von Bildung, die Ansprüche an das Berechtigungssystem, die tatsächlichen Bildungs- und Berufskarrieren und schließlich auch die Bedarfsstruktur des Beschäftigungssystems mit den Traditionen eines Bildungssystems, das als Verteilerkreis für akademische Berufslaufbahnen nicht mehr funktioniere. Das Abitur als Nachweis einer allgemeinen Studierfähigkeit habe mit der massiven Zunahme der Abiturienten- und Studentenzahlen seine Verteilerfunktion verloren. Im Laufe der achtziger Jahre werde der Anteil der Abiturienten in vielen Ländern dreißig Prozent eines Altersjahrganges überschreiten. Daß so viele Abiturienten genauso lange und so intensiv studieren sollten, wie dies früher für fünf oder sechs Prozent eines Jahrganges der Fall gewesen sei, sei „weder finanzpolitisch vertretbar noch pädagogisch sinnvoll oder beschäftigungspolitisch wünschenswert“.

Oschatz schlägt vor diesem Hintergrund vor, das Abitur ans Ende des 12. Schuljahrganges zu legen. Es sollte den erfolgreichen Abschluß der gymnasialen Oberstufe bescheinigen, jedoch nur noch die formale Berechtigung geben für ein individuelles Studium, das künftig durch die Hochschule näher zu bestimmen sei. Das bisherige 13. Schuljahr könnte nach Meinung des Ministers in der Hochschule absolviert werden: als studienvorbereitendes Jahr in der Fachrichtung, die schon in der Oberstufe gewählt wurde, oder in Form von Vorsemestern. Danach müßte es zu einer Prüfung für ein Studium an der Hochschule kommen. Diese Prüfung, so Oschatz, sollte zu einem etwa zweijährigen „Bewährungsstudium“ in einem Fachbereich berechtigen. Von einer neuerlichen Prüfung sollte abhängen, ob die Studenten mit dem berufsqualifizierenden universitären Abschluß ins Berufsleben einträten oder ein wissenschaftliches Langzeitstudium mit dem Ziel des akademischen Abschlusses aufnehmen könnten. Die Hochschulen müßten dabei gehalten sein, die Studienanfänger intensiver zu beraten als bisher. Dann könnten sich Studienwillige noch vor der Aufnahme des Studiums entscheiden, ob sie ein berufsbezogenes Kurzzeitstudium oder ein Langzeitstudium vorziehen sollten.

Der Minister weist auch darauf hin, daß zahlreiche Abiturienten, etwa 35 Prozent eines Jahrganges, an Stelle eines Studiums eine Berufsausbildung oder eine berufliche Tätigkeit wählten. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hätten zwanzig Prozent dieser Abiturienten vorzeitig ihre Ausbildung abgebrochen. Angesichts dessen sei es auch erforderlich, daß in der gymnasialen Oberstufe mehr berufsorientierte Bildungsinhalte vermittelt würden. Darüber hinaus müßten alle denkbaren Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die dazu dienen könnten, das Bildungs- und Beschäftigungssystem in stärkerem Ma-

Be zu verzahnen. An der Nahtstelle zwischen Schule und Hochschule zählten dazu unter anderem eine berufsvorbereitende oder berufspraktische Ausbildungsphase, flexiblere „Umsteigemöglichkeiten“ vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem und umgekehrt sowie ein gezielter Ausbau der Erwachsenenbildung.

Um nicht mißverstanden zu werden versichert Oschatz: Es gehe nicht darum, die Bildungsreform der vergangenen Jahre und ihre unbestreitbaren Erfolge beim Ausgleich der Bildungsfälle zurückzudrehen oder willkürlichen Zulassungsbeschränkungen das Wort zu reden; das verfassungsmäßige Prinzip des freien Zugangs dürfe keinesfalls beschränkt werden. Es bleibe aber eine besondere Aufgabe, das Gleichheitsprinzip in eine angemessene Verbindung zu bringen.

F. A. Z. 6. AUG. 1983

Frau Wilms: Wir brauchen einen Ausbau der Fachhochschulen (Auszug)

F. A. Z.

28. AUG. 1983

Nach Schwierts Vorstellungen soll in allen Studienrichtungen außer der Medizin ein sechssemestriges „Kontinuitiv-Studiengangmodell“ mit Prüfungen nach jedem Semester und einer berufsqualifizierenden Abschlußprüfung nach dem dritten Jahr eingeführt werden. Nach einer weiteren Eingangsprüfung soll für wenige, besonders forschungsbegabte, und zwar sowohl für Absolventen der Fachhochschulen als auch der wissenschaftlichen Hochschulen, ein Postgraduiertenstudium von unterschiedlicher Dauer folgen. Schwier glaubt, daß für diese Umstrukturierung der Studiengänge „keine lange Erprobungsphase“ erforderlich sei da man sich auf angelsächsische Vorbilder stützen könne.

Zweistufen-Universität

Von Kurt Reumann

Allein die Zahl der Studienanfänger von reichlich 200 000 ist heute fast so groß wie vor 25 Jahren die Gesamtzahl der Studenten. Unsere Hochschulen werden von 1,2 Millionen Studenten bevölkert; bald sollen es 1,3 bis 1,5 Millionen sein. Politiker erwarten, daß die Universitäten immer mehr Studenten ausbilden und gleichzeitig die Qualität der Forschung steigern. „Wir sollen Pferd und Esel zugleich sein“, ärgert sich der neue Präsident der Rektorenkonferenz, Berchem. „Aber aus dieser Kreuzung geht höchstens ein Maultier hervor, und das ist unfruchtbar.“ Die Klagen sind zu verstehen, zumal weil die Hochschüler weniger Geld erhalten. Ein Ende der Misere ist nicht abzusehen. Zwar kommen in den neunziger Jahren die schmaleren Jahrgänge in das Studieralter. Aber der Anteil der Studienberechtigten wächst. Es wird nicht mehr für unwahrscheinlich gehalten, daß fast jeder dritte einer Altersgruppe studieren will.

Die Hochschulen wollen nicht so viele Studenten ausbilden. Aber sie wagen auch nicht, es abzulehnen. Daher putzt man das matt gewordene Zauberwort „Kurzstudien“ blank. Um es scharf, aber ehrlich zu sagen: Die meisten Professoren möchten zwei Drittel der Studenten so schnell wie möglich wieder loswerden, um mit dem besten Drittel endlich richtig arbeiten zu können. Aber so nachdrücklich der Wissenschaftsrat seit vielen Jahren neben den längeren auch kurze Studiengänge empfiehlt

— die Entwicklung nahm die andere Richtung. Das Hochschul-Informations-System (HIS) hat festgestellt, daß die Dauer der Fachstudien sich von 1974 bis 1981 im Durchschnitt von 10,2 auf 11 Semester ausgedehnt hat, doch nicht, weil die einzelnen Fachstudien sich verlängert hätten, sondern weil immer mehr Studenten statt der kürzeren die längeren Studiengänge wählen. Sogar an den Gesamthochschulen vernachlässigen sowohl die Hochschullehrer als auch die Studenten die kürzeren Studiengänge immer mehr. Der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Schwier gibt zu: „Der angestrebte Entlastungseffekt hat sich nicht eingestellt.“ Noch bedenklicher ist, daß sich auch an den Fachhochschulen die Studienzeit verlängert hat: auf durchschnittlich fast acht Semester.

Und nun sollte es plötzlich gelingen, ein Zwei-Stufen-Studium durchzusetzen und den größeren Teil der Studenten dafür zu erwärmen, daß er sich mit der ersten Stufe von sechs (Schwier) oder gar nur vier (Berchem) Semestern begnüge? Eine große Koalition aus Wissenschaftsrat, Rektorenkonferenz und Politikern von Schwier (SPD) bis zum niedersächsischen Kultusminister Oschatz (CDU) scheint sich darauf einigen zu wollen. Die erste Phase (Grundstudium) soll mit einer berufsqualifizierenden Prüfung abschließen. (Über die dazu passenden Berufe und Laufbahnen herrschen freilich nur selten klare Vorstellungen.)

gen.) Den zweiten, darauf aufbauenden Abschnitt würde das Postgraduiertenstudium für die wissenschaftlich Fähigsten bilden.

Je kürzer der erste Abschnitt, desto stärker die Entlastung der Universitäten, reden sich die Rektoren ein. Aber das Gegenteil wird eintreffen: Weil in einem Grundstudium von vier Semestern keine Berufsqualifikation zu vermitteln und zu erwerben ist, werden viele Studenten auch die zweite Phase durchlaufen wollen. Die Wirkung wäre nicht eine Verkürzung, sondern eine Verlängerung des Studiums. Ernster zu nehmen ist Schwiers Vorschlag, das Regelstudium im ersten Abschnitt auf sechs Semester zu komprimieren. Aber das würde ohne Zweifel eine Verschulung des Grundstudiums bedeuten. Die Verstufung und damit zum Teil die Zerstückelung des Bildungswegs würde sich bis in die Universität fortsetzen. Und weil die meisten Professoren sich für Forscher halten, wird die Neigung groß sein, das Grundstudium zur Assistentenhochschule zu degradieren.

Bemerkenswert an Schwiers Vorschlag ist, daß nicht der erfolgreiche Abschluß der ersten Phase, sondern eine Eingangsprüfung nach den individuellen Maßstäben der jeweiligen Universität über die Aufnahme ins Aufbaustudium entscheiden soll. Das hieße also: schulähnliche Angleichung aller Universitäten in der ersten, aber die Ausprägung von Universitätscharakteren in der zweiten Phase. Oschatz geht noch einen Schritt weiter. Er regt an, daß die Hochschulen auch die Verantwortung für die Zulassung zum ersten Studienabschnitt übernehmen sollten

(Abitur statt Abitur). Das ist ein kühner Traum, dessen Verwirklichung die Wettbewerbsfähigkeit der besten Universitäten steigern würde. Aber wäre es dann nicht konsequent, auch den Aufbau des Studiums der Universität und dem Fach zu überlassen?

Die Dauer des Studiums in vergleichbaren Studiengängen hängt stark von der einzelnen Universität ab. Dabei zeichnen sich Baden-Württembergs Hochschulen als die schnellsten aus. Absolventen, die schnell abschließen, bestehen in der Regel auch mit den besseren Noten. Wer schnell zum Erfolg kommt, hat bei der Einstellung in den Beruf die besseren Chancen. Universitäten, die gut und schnell ausbilden, müßten daher Wettbewerbsprämien erhalten. Es sollte ihnen erlaubt werden, sich von Anfang an die besten Studienanfänger auswählen zu dürfen. Die forschungsstarken Universitäten sollten es sich außerdem leisten können, weniger Studenten aufzunehmen. Die anderen Hochschulen würden desto mehr Studenten ausbilden. Ihre Gesamtzahl verringerte sich beim Wettstreit um die Besten also nicht. Es ist daher zu fragen, ob die Fachhochschulen nicht Bewerber mit mittlerer Reife und Lehre, zulassen sollten, damit der Strom der Auszubildenden sich rechtzeitig teilt.

F.A.Z. 8. AUG. 1983

ANMERKUNGEN

- 1) Sozialistischer Deutscher Studentenbund, SDS-Denkschrift, Nachdruck der 2. Auflage von 1965 (1. A 1961 unter dem Titel „Hochschule in der Demokratie), Frankfurt 1972, S. 93f.
- 2) ebenda
- 3) Reiner Geulen, Im Räderwerk-Zum akademischen Disziplinarrecht, in: S. Leibfried (Hg.), Wider die Untertanenfabrik, 4. A, Köln 1967, S. 209f.
- 4) Peter Brückner, Die Transformation des demokratischen Bewußtseins, in: Agnoli, Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967, S. 156
- 5) E. Nuissl, R. Rendtorff, W.-D. Webler, Scheitert die Hochschulreform? - Heidelberg zum Exempel, Reinbek 1973, S. 15
- 6) ebd. S. 73
- 7) ebd. S. 72
- 8) Institut f. Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Die Existenzkrise der Universität, aus: Im Gespräch, Nr.1/2, 1971, S. 17 f., in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz, Heft 22, Material zur Diskussion der Hochschulreform, Bonn 1972, S. 113
- 9) ebd.
- 10) Spandauer Volksblatt, 17.10.65, zit.n. Friedhelm Nyssen, Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten Neuordnung des Studiums, in: S. Leibfried, a.a.O. S. 98
- 11) Udo Kollatz, Qualität trotz Gleichheit?, Frankfurt 1973, S. 46
- 12) J. Habermas, L. v. Friedeburg, F. Weltz. C. Oehler, Student und Politik, 2. A, Neuwied und Berlin 1967, S. 77
- 13) Order der preußischen Regierung an die Universitäten, 1819, zit.n. H.-W. Prahl, I. Schmidt-Harzbach, Die Universität - Eine Kultur- und Sozialgeschichte, München u. Luzern 1981, S. 96
- 14) F. Nyssen, a.a.O. S. 104

- 15) W. Stuhlmann, Forschung in der Massenhochschule, in: U. Lohmar, G.E. Ortner (Hg.), Die deutsche Hochschule zwischen Numerus Clausus und Akademikerarbeitslosigkeit - Der doppelte Flaschenhals, Hannover 1975, S. 254
- 16) Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi), Arbeitsprogramm, in: BdWi-Forum, Apr./Juni 82, S. 13
- 17) W. Stuhlmann, a.a.O. S. 258
- 18) DUZ
- 19) Manfred Neumann, Wolfgang Harbrecht, Einführung in die Wirtschaftswissenschaft Teil 1: Volkswirtschaftliche Fragestellungen, Kurs 0002 der Fernuniversität Hagen, Hagen 1982, S. 64
- 20) FDP Bayern, Westfalenpost 22.1.82
- 21) gemeint ist hier wie im Folgenden die 1. Fassung des Heidelberger Manifestes, die nach Protesten „beschönigt“ in eine 2. Fassung v. 31.1.82 umgeschrieben wurde, in der dann zwar die Wortwahl feinfühlicher, der Inhalt jedoch nicht verändert wurde
- 22) FDP Bayern, a.a.O.
- 23) Heidelberger Manifest v. 17.6.81, in: AStA Uni Bochum, Der Schoß ist fruchtbar noch-Professoren als wissenschaftliches Aushängeschild für rassistischen Kampfbund, Bochum 1982, S. 2
- 24) ebd.
- 25) Die Adresse lautet jeweils: Postf. 251163, Heidelberg, das Konto: Bezirkssparkasse Heidelberg Nr. 8559
- 26) Der Spiegel, Feb./Mrz. 80 u.a. Veröffentl.
- 27) Strauß in Essen am 14.9.79, zit.n. Bundesvorstand der Jusos, Der Weg nach rechtsaußen - Material zur CDU/CSU, S. 12
- 28) Der Spiegel 7/84, 13.2.84, S. 18
- 29) die Konservative Organisation wirbt mit dieser Unterstützung durch den Bundespräsi.; sie fordert die 1. Strophe des Deutschlandliedes zur Nationalhymne
- 30) Alfred Dippe, Sozialismus u. Philosophie auf den deutschen Universitäten, 1895, in: Prahl, Schmidt-

Harzbach, a.a.O. S.144

- 31) Horst Heimann, Theorie ohne Praxis-Sozialwissenschaft zwischen Gegenreform und Antireformismus, 1977, S. 282
- 32) Sozialwissenschaftliche Kooperative, Modellversuch Integrierte Studiengänge, Duisburg 1975, S. 9
- 33) Nuissl, Rendtorff, Webler, a.a.O. S. 36
- 34) Sozialistischer Deutscher Studentenbund, a.a.O. S. 63
- 35) a.a.O. S. 45
- 36) L. Huber, Gesamthochschulen und Studienreform, in: K.-H. Flechsig, Gesamthochschule - Mittel oder Ersatz für Hochschulreform, Stuttgart 1975, S. 4
- 37) Hajo Riese, Bildungsexpansion und Hochschulstruktur, in: Lohmar, Ortner, a.a.O. S. 295
- 38) Bundesbericht Forschung II, 1967, S. 14, zit.n. Sozialwissenschaftliche Kooperative, a.a.O. S. 10
- 39) Huber, a.a.O. S. 11
- 40) Lothar Theodor Lemper, Garantieren die neuen Hochschulgesetze die Funktion der Hochschule?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, a.a.O. S. 22
- 41) Huber, a.a.O. S. 5
- 42) a.a.O. S. 11
- 43) ebd.
- 44) RCDS Erlangen, Brief v. Juni 74 an potentielle Geldgeber
- 45) Berichte des Deutschen Industrieinstituts zu bildungs- und gesamtpolitischen Fragen 3/72, in: P. Müller, Dokumente zur Gesamthochschulentwicklung, Bonn 1976
- 46) Demokratische Blätter 14/77, S. 10
- 47) Grundsatzprogramm der CDU, Bonn 1978, S. 19
- 48) ebd.
- 49) A. Woll, Hochschulausbildung in der Sozialen Marktwirtschaft, in: E. Tuchtfeldt (Hg.), Soziale Marktwirtschaft im Wandel, Freiburg 1973, zit. n. Lohmar, Ortner, a.a.O. S. 361
- 50) W.Karcher, Restauration durch Hochschulgesetzgebung, in: H.Karcher, D. Scheitern d. Hochschulref., S.218
- 51) Flechsig, a.a.O. S. 25

- 52) F. Buttler, Festveranstaltung 8.7.82 Paderborn, in: Minister f. Wiss. u. Forschung NRW, Zehn Jahre Gesamthochschule in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1982, S. 7
- 53) H. Winkler, Zur Theorie und Praxis der Gesamthochschulplanung, München 1979, S. 71
- 54) Willi Becker, Hochschulstandorte und Regionalisierungskonzept, in: Lohmar, Ortner, a.a.O. S. 206
- 55) Das belegt der folgende Vergleich der deutschen Studenten im 1.Sem. nach beruflicher Stellung des Vaters:

	Selbst.	Beamter	Angest.	Arbeiter	sonst.
1970	26,5 %	25,2 %	34,0 %	11,9 %	2,4 %
1978	22,1 %	22,0 %	38,2 %	14,7 %	3,0 %

dabei ist zu berücksichtigen, daß von den Erwerbstätigen in der BRD rund 50 % Arbeiter sind; Tab. n. Bundesm. f. Bildg. u. Wiss., Grund-, Strukturdaten 80/81, S. 138

- 56) Becker, a.a.O. S. 206
- 57) bisher nur Zertifikatsstudium, ein akadem. Grad kann nicht erworben werden
- 58) Otto Peters, Die Fernuniversität Hagen, Hagen 1983, S. 3
- 59) K.H. Flechsig, H. Plander, Über ein Konzept der Entwicklung integraler Studiengänge, in: Flechsig, a.a.O. S. 160
- 60) H. Plander, Kritisches Resümee bisheriger Entwicklungen in Hamburg, in: Flechsig, a.a.O. S. 136
- 61) Westdeutsche Rektorenkonferenz, FR 1.12.71, zit.n. Nuissl, Rendtorff, Webler, a.a.O. S. 35
- 62) Werner Clement, Strategien der Hochschulausbildungsreform, in: Lohmar, Ortner, a.a.O. S. 560
- 63) Myrdalreport, zit.n. Menninger, W. (Hg.), Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat, der Alva-Myrdal-Report der schwedischen Sozialdemokraten, Reinbek 1971, S. 73
- 64) Lührig, H.H. (Hg.), Wirtschaftsriese-Bildungszweig, Der Diskussionshintergrund zum Bildungsgesamtplan

- 1973, Analysen des OECD-Reports, Reinbek 1973, S. 43f. u. 81 ff., in: Lohmar, Ortner, a.a.O. S. 57
- 65) J.A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, Bern 1950, S. 428
- 66) ebd.
- 67) Nuissl, Rendtorff, Webler, a.a.O. S. 226
- 68) BdWi-Forum 41, März 1980, S. 50
- 69) H. Funke, B. Zauner, Profit aus der Angst, in: Prokla 38, 1980, S. 5
- 70) StatBA, Datenreport, Bonn 1983, S. 78
- 71) R. Reagan, zit. n. Blätter f. dtsche. u. int. Politik 7/83
- 72) ebd.
- 73) z.B. im FB Wiwi vom Erwerb d. Leistungsscheine in den Brückenkursen Deutsch, Englisch, Mathematik
- 74) der Studiengang darf nicht beliebig gewechselt werden, wenn die Unterstützungszahlungen nicht ausbleiben sollen
- 75) Erlaß zur „Konzentration und Neuordnung von Studienangeboten/Studiengängen an den Hochschulen des Landes NRW“ v. 25.3.82
- 76) Hermann Bömer, Unter dem Diktat der Rotstiftpolitik: Zerstörung der Wissenschaft ?, in: BdWi-Forum, Jan. 83, Nr. 51/52, S. 21
- 77) Schwier-Plan, S. 3, s. Anm. 75)
- 78) ebd.
- 79) E.-J. Meusel, Stete Wachsamkeit ist geboten, DUZ 1/2, 84, S. 15f.
- 80) Clever, Methoden der Sozialwissenschaften, Kurs 0007 d. Fernuniversität Hagen, Hagen 1982, Kurseinheit 2, S. 26
- 81) a.a.O. S. 27
- 82) a.a.O. S. 24
- 83) zit.n. Kromphardt, Clever, Klippert, Methoden der Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften, 1979, S. 101
- 84) a.a.O. S. 61
- 85) Clever, a.a.O. S. 26
- 86) W.I. Lenin, Werke, Berlin 1966, Bd. 38, S. 339, zit. n. Clever, a.a.O. S. 54
- 87) Popper, Fernsehdiskussion Bayerischer Rundfunk

- 5.1.71, zit. n. Franz Stark (Hg.), Revolution oder Reform, Herbert Marcuse u. Karl Popper, Eine Konfrontation, München 1971, S. 28
- 88) René Ahlberg, Akademische Lehrmeinungen und Studentenunruhen in der Bundesrepublik, Freiburg 1970, S. 51
- 89) Popper, a.a.O. S. 38
- 90) zit. n. Kromphardt, Clever, Klippert, a.a.O. S. 103
- 91) Ernst Topitsch, Die Freiheit der Wissenschaft und der politische Auftrag der Universität, Neuwied und Berlin, 1969, 2. A, S. 10
- 92) Bund Freiheit d. Wiss., in: Freiheit d. Wiss. 4/82
- 93) Notgemeinschaft für eine freie Universität, zit.n. DUZ 3/83, S. 11
- 94) R. Ahlberg, zit. n. Langguth, Die Protestbewegung in der BRD 1968-1976, Köln 1976, S. 55
- 95) empf. Broschüre zum Fall: Komitee f. Grundrechte u. Demokratie, Der Staat als Diffamierer-erneute Dokumentation in Sachen Disziplinarverfahren gegen Peter Brückner, Sensbachtal 1981
- 96) BdWi-Forum 41, Mrz. 80, S. 50
- 97) u.a. vom Prorektor d. Heidelberger Universität, Kl. Ebert, am 30.11.71 im Südd. Rundfunk, n. Nuissl, Rendtorff, Webler, a.a.O. S. 226
- 98) H.A. Glaser (Hg.) im Vorwort zu Hochschulreform - und was nun?, zit. n. Michael Regus, Redebeitrag zur Diskussion des SLH, Private Hochschulen im Kreuzverhör, in: SLH-Materialien zur politischen Auseinandersetzung Heft 17
- 99) Nuissl, Rendtorff, Webler, a.a.O. S. 178
- 100) ebd.
- 101) ebd.
- 102) Prozentangabe n. StatBA, Datenreport, Bonn 1983, S. 70
- 103) Helmut Wenck (Hochschulverband), Beitrag am 22.6.82, in: SLH, a.a.O.
- 104) Ulrich Bittmann, Beitrag, SLH, a.a.O.
- 105) G. Turner, 8.7.82 Paderborn, in: MWF NRW, a.a.O. S. 7
- 106) a.a.O. S. 9
- 107) alle Veröffentlichungen aus 1983
- 108) z.B. verkündet die mit der CDU/CSU personell verbundene Hilfgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der

Waffen-SS in ihrem Blatt DER FREIWILLIGE: „Der Lebensraum der europäischen Nation ist einfach zu eng. Die Lebenssicherung der Völker Europas verlangt den Großraum.“ Die ehem. SSler verstehen sich als „neue Elite Europas“.

- 109) Studiengebühren stehen bereits vielerorts auf dem Papier. Eingeführt unter dem Titel „Gebühr für den Bezug von Studienmaterial“ sind sie bisher (nur) an der Fernuniversität Hagen (rund 500,-DM p.a.).
- 110) zit.n. SLH-Magazin Mai/Juni 83
- 111) ebd.
- 112) Süddeutsche Zeitung 25.5.70
- 113) zit.n. Rote Blätter, Juni 83
- 114) Ende Nov. 83 ist MUTTER UND KIND nun auch als bundesweite Stiftung gegründet worden
- 115) H. Hannover, Die unheimliche Republik, Hamburg 1982, S. 106
- 116) a.a.O. S. 51
- 117) VwG Hmb v. 19.10.83, zit.n. AStA-Info d. Uni Hmb v. 20.10.83
- 118) lt. VDS, Okt. 83
- 119) der Bund Freiheit d. Wiss. tritt z.B. f. Berufsverbote ein
- 120) OVwG Münster VA 879/76 v. 19.9.77, BVwG 7C58.78 v. 13.12.79, beide in: MWF, Studentenschaftsrecht, S. 48 ff.
- 121) W. Thieme, DUZ 4/63; I. Berner, Die Problematik des politischen Mandats der Studentenschaft, in: JZ 1976, S. 242 ff.
- 122) Berner, a.a.O.
- 123) ebd.
- 124) m. Anm., U.K.Preuß, Das politische Mandat der Studentenschaft, 1969, S. 11f.
- 125) z.B. forderte am 23.4.54 der damalige Innenmin. Schröder den VDS auf, „am Abend des 16.Juni...Veranstaltungen aus Anlaß des Tages der Deutschen Einheit (Kundgebungen, Fackelzüge) durchzuführen.“
- 126) W. Hofmann auf Fragen des Konvents d. FU Berlin, in: U.K. Preuß, Das politische Mandat der Studentenschaft, 1969, S. 11

- 127) H. Ridder, K.H. Ladeur, Das sogenannte politische Mandat von Universität und Studentenschaft - Rechtsgutachten
- 128) AStA Uni Göttingen, Mit dem Rücken an der Wand, in: Dr. med. Mabuse Nr. 29, 1983, S. 20 f.
- 129) VwG Hmb a.a.O.
- 130) OVG Hmb, NJW 72, S. 73
- 131) Ridder, Ladeur, a.a.O. S. 52
- 132) H.-C. Franke, Inst. f. Kernphysik d. Uni Münster, Brief v. 21.12.81 an den Rektor der Uni Münster
- 133) Hofmann, a.a.O.
- 134) Dekan FB Maschinenbau d. Uni-GH-Duisburg, Brief v. 1.9.83 an Pressestelle d. Uni-GH-Duisburg
- 135) Informations- und Pressestelle d. FernUni-GH-Hagen 19.9.83
- 136) eigene Erhebung
- 137) Dekan FB Maschinenbau d. Uni-GH-Duisburg, a.a.O.
- 138) Pressemitteilung d. Uni-GH-Duisburg, 29.9.83
- 139) CDU, Bonn 19.9.83
- 140) ebd.
- 141) RCDS NRW, Sep. 83
- 142) ebd.
- 143) Information d. Landesregierung NW, 26.8.83
- 144) ebd.
- 145) M. Bosch, Geistige Freiheit und Demokratie, in: I. Drewitz, W. Eilers, Mut zur Meinung, 1980, S. 64
- 146) K. Wagenbach, Politische Zensur, vorgänge 46/80, S. 102
- 147) Informations- und Pressestelle d. Fernuni Hagen, 19.9.83
- 148) ebd.
- 149) DGB-Bundesvorstand, 21.9.83
- 150) Pressemitteilung der Uni-GH-Duisburg, 31.8.83

Nicht erst seit der Regierungswende in Bonn bestimmt zunehmend der schwarze Rechtsblock, welche Funktion der Hochschule in der Gesellschaft zukommt und welche Rechte den Studierenden, Lehrenden und Forschenden zugebilligt werden. Dementsprechend desolat ist der Zustand der ursprünglich von fortschrittlichen Kräften als offen und demokratisch konzipierten Gesamthochschule. Vom REFORMMODELL GESAMTHOCHSCHULE wird daher die Rede sein.

Über den ideologischen Hintergrund hochschulpolitischer Zielsetzungen der Reaktion vor allem aus den Reihen der CDU/CSU wird unter dem Titel ALTE REZEPTE berichtet. Den gesamtgesellschaftlichen Bezug einer antipluralistischen Hochschulpolitik stellt schon allein die Justiz her, wenn sie in ihrer Funktion als Herrschaftsinstrument systemkritische Studenten zum Schweigen zu bringen versucht. Eine abenteuerliche juristische Konstruktion zur Disziplinierung der Studentenschaft wird als MAULKORB FÜR STUDENTEN beleuchtet.

Der „Bildungsexperte“ der CDU, L.T. Lemper, glaubt, die Gesamthochschulen als „Gefälligkeitshochschulen“ erkannt zu haben. Das Kapitel LEMPERS DATENMANIPULATION ist diesem Thema gewidmet.

Eine Darstellung der Tatsachenverdrehungen des CDU-„Experten“ in der bürgerlichen Presse ist geeignet, eine demokratiefeindliche Desinformationspolitik zu entlarven, wie sie häufig von den Verfechtern einer „ausgewogenen“ Berichterstattung praktiziert wird. Deshalb wird nach einer kurzen Abhandlung zur AUSGEWOGENEN BERICHTERSTATTUNG in erster Linie die PRESSEKAMPAGNE GEGEN DIE GESAMTHOCHSCHULE dokumentiert, die sich auf Lempers Diffamierungen stützt.

*

DER AUTOR studiert Wirtschaftswissenschaft (Wiwi) und Soziologie an den Universitäten-Gesamthochschulen Siegen und Hagen. An der Fernuniversität Hagen ist er Mitglied im Fachschaftsrat Wiwi, im Haushaltsausschuß und im Studentenparlament.